PARITÄTinform
BADEN-WÜRTTEMBERG | September 2020

SYSTEMRELEVANT
SOZIALE ARBEIT IN DER CORONA-KRISE

E 13795

ISSN 2198-9575

Impressum

PARITÄTinform
Das Nachrichtenmagazin des PARITÄTISCHEN
ISSN 2198-9575

Herausgeber
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Hauptstraße 28 · 70563 Stuttgart
Tel. 0711 2155-0 · info@paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de

Verantwortlich
Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende

Redaktion
Rolf Schaible (Gesamtredaktion), Dr. Hermann Frank, Dr. Steffi Hunnius, Katrin Joret, Hina Marquart, Barbara Meier, Petra Mostbacher-Dix (MD), Ralf Nuglisch, Torsten Rothfuss, Sabine Oswald, Angela Querfurth, Christina Rüdenauer, Karin Seng, Michael Tränkle u.v.a.

Satz, Gestaltung und Anzeigenmarketing
Kreativ plus, Gesellschaft für Werbung und Kommunikation mbH, Stuttgart
Tel. 0711 2155-105
help@kreativplus.com

Druck
Druckerei Raisch GmbH + Co. KG
Reutlingen

Erscheinungsweise
vierteljährlich

Bezugspreis
Im Mitgliedsbeitrag enthalten. Jahresabonnement 8 Euro für Nichtmitglieder

Auflage
4.500 Exemplare

Fotos
Titelbild: Tutatamafilm · Shutterstock Archiv, Mitgliedsorganisationen, Photocase, iStockphoto, Shutterstock, AdobeStock, Pixabay, Freepik und Unsplash

RECYCLED
Papier aus Recyclingmaterial
FSC® C051199
FSC www.fsc.org

Bitte beachten Sie die Beilage der Paritätischen Akademie Süd.

INHALT

4 · SOZIALE ARBEIT IN DER CORONA-KRISE
- Soziale Arbeit in der Krise? – Gedanken zur Systemrelevanz infolge der Pandemie
- Zur Bedeutung des Sozialstaats für Wirtschaft und Gesellschaft
- Zwischenbilanz: Eine wirksamere Jugendpolitik ist notwendig
- Berufstätige Frauen zwischen Kindern, Karriere und Corona
- Teilhabe und Transformation als Herausforderung für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt
- Familien: Größter Pflegedienst in Deutschland
- Auswirkungen der Pandemie auf die Freiwilligendienste
- Herausforderungen und Erfahrungen der Schulsozialarbeit im Lockdown
- Die jetzige Zeit zur besten machen – Kreativität überwindet social-distancing
- Das „Wir" als Erfolgsfaktor – Tübinger Modell für eine nachhaltige Finanzierung Freier Kita-Träger
- Mütter- und Familienzentren setzen auf Vernetzung, Beratung und Bildung
- Kontaktbeschränkungen erhöhen Face-to-Face Beratungsbedarf bei Jugendlichen
- RehaVerein Ulm: Wo es anonym zugeht, leiden die Menschen am meisten
- Die Familien brauchen uns – Familienentlastung und Betreuung für Familien mit Kindern mit Behinderung
- Gemeinschaftsunterkünfte sind keine Lernorte – Bildungsrückstände werden verschärft
- Corona ein Anlass zum Querdenken – Nachtrag zum ersten Ersten Hackathon
- Lernbrücken gab es nicht für alle – Familienzentrum Au kümmert sich um Migrantinnen und ihre Kinder
- Mitgliederversammlung in Corona-Zeiten Die Pandemie ist keine Rechtfertigung für einen Komplettausfall

33 · LANDESVERBAND
- Neue Arbeitshilfe – Wie der Vorstandswechsel im Verein gelingt
- 1,3 Millionen Schutzmasken für soziale Einrichtungen
- Weltkindertag: Kinderschutzbund und PARITÄTISCHER starten landesweite Corona-Dankeschön-Aktion für Kinder
- Aufsichtsrat tagt digital
- Neue Online-Vortragsreihe: Brainfood – Impulse zur Mittagspause
- Paritätische Akademie Süd: Fortbildung zum/zur Sozialwirt*in

38 · NACHRICHTEN UND SCHLAGLICHTER AUS DEM VERBAND

40 · NEUE MITGLIEDSORGANISATIONEN

42 · PARITÄT VOR ORT
- Pforzheim: Sozialer Austausch – Unsicherheit in der Soziallandschaft bleibt
- Bodenseekreis: Hilfe für Vereine bei der Digitalisierung

KRISENMANAGEMENT IN CORONA-ZEITEN

Der 15. März 2020 war für mich ein Sonntag, den ich nie mehr vergessen werde. Ein neues Virus pandemischen Ausmaßes ließ alle Alarmglocken bei mir schrillen. Ich musste die Mitarbeiter*innen in den Geschäftsstellen schützen und gleichzeitig die Sozialwirtschaft in Baden-Württemberg „retten".

Ab dem darauffolgenden Montag mussten alle Beschäftigten aus dem Homeoffice heraus arbeiten. Das ist uns dank der guten digitalen Infrastruktur und den schon erworbenen individuellen digitalen Kompetenzen sehr gut gelungen. Doch mussten unzählige Forderungen intern und mit den anderen Verbänden abgestimmt, formuliert und adressiert und die Mitgliedsorganisationen passgenau und zeitnah informiert, eingebunden und beraten werden.

Die ersten Wochen waren beklemmend, da das Virus mit dem Namen Corona, die Ansteckungsgefahr, das Erkrankungsrisiko und die Krankheitsverläufe noch nicht bekannt waren.

Die ersten Wochen waren anklagend, da wir befürchteten, dass die Ärmsten, Obdachlose, Haftentlassene, Alleinerziehende mit mehreren Kindern u.v.a.m. im Lockdown nicht mitgedacht wurden. Ausgangssperren und Besuchsverbote schränkten die Grundrechte unserer Bewohner*innen massiv ein, Teilhabe fand nicht statt.

Die ersten Wochen waren kräftezehrend, da zu Recht die Befürchtung im Raum stand, dass die gemeinnützigen sozialen Einrichtungen bei den diversen Rettungsschirmen nicht berücksichtigt werden würden. Unzählige Telefonate, Brandbriefe, Social-Media Kampagnen und später auch Videokonferenzen waren nötig, um die Sozialwirtschaft zu stützen und vor dem wirtschaftlichen Ruin zu bewahren. In einigen Angebotssegmenten und bei den Corona-bedingten Mehrkosten und Mindereinnahmen insbesondere der Eingliederungshilfe sind wir immer noch nicht dem eher medizinisch orientierten Krankenhaus- und Pflegebereich gleichgestellt.

Die ersten Wochen waren lehrreich, da man sich aufeinander verlassen musste und konnte. Vertrauensvolle Zusammenarbeit über den eigenen Verband hinaus, unkomplizierte Arbeitsteilung, enorm beschleunigte Abstimmungsprozesse waren nach kurzer Erprobung selbstverständlicher Arbeitsalltag. Digitale Tools lösten die nervenaufreibenden Telefonkonferenzen ab und das Arbeiten unabhängig von Zeit und Raum fanden ganz selbstverständlich Einzug in den Alltag.

Und die ersten Wochen waren erlebnisreich. Unser erster sozialer Hackathon ausschließlich im digitalen Raum hat viel Spaß gebracht und uns aus der passiven Starre und später dem reaktiven Handeln in die Selbstwirksamkeit zurückgeholt. Wir haben in interdisziplinären Teams an innovativen Lösungen von sozialen Problemen, die in der Corona-Pandemie wie in einem Brennglas hervorgetreten sind, in einer 24-Stunden-Schicht gearbeitet. Dabei ist trotz der räumlichen Distanz viel persönliche Nähe entstanden. Menschen, die sich nicht kannten, Freiwillige mit unterschiedlichen Perspektiven und Kompetenzen haben an neuen Ideen getüftelt und Lösungen entwickelt, die vorher als nicht möglich erschienen. Unbekannte haben sich gefunden – teilweise arbeiten diese noch heute eng zusammen. Diesen Schwung konnten wir in die „normale" Arbeit mitnehmen und haben für diese viele neue Anregungen gewonnen.

Und wie geht es weiter? Die zweite Welle wird befürchtet. In anderen europäischen Ländern ist sie schon angekommen. Ich hoffe, wir haben aus der Krise gelernt und sind besser vorbereitet. Vieles muss und darf sich nicht wiederholen.

Applaus war und ist nicht genug.

Ihre

Ursel Wolfgramm
Vorstandsvorsitzende

Sonderheft zum Hackathon

Die Sonderausgabe von PARITÄTinform unter *https://www.paritaet-bw.de/node/13185* sowohl als interaktive pdf-Datei als auch als epub-Datei.

Walling · Unsplash

SOZIALE ARBEIT IN DER KRISE?

Gedanken zur Systemrelevanz infolge der Pandemie

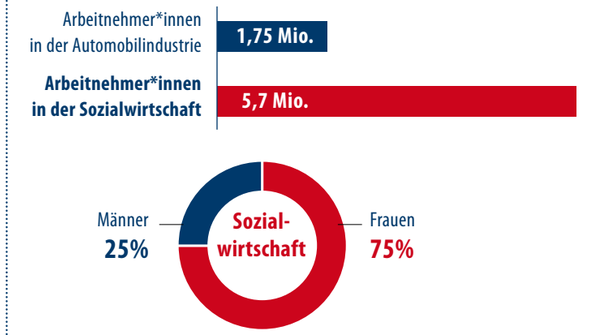
STUTTGART Seit Monaten herrscht infolge der Corona-Pandemie in der Gesellschaft der Ausnahmezustand. Weltweit greifen umfangreiche Maßnahmen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Das öffentliche Leben stand zeitweise nahezu still. Ausgangsbeschränkungen, Grenzkontrollen, Verhaltensregeln, die vorübergehende Einstellung des Betriebs an Schulen und Kindertageseinrichtungen, die Schließung von sozialen und öffentlichen Diensten und Einrichtungen und die Frage der Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur haben in den letzten Monaten nahezu alle Handlungsfelder der sozialen Arbeit betroffen.

In der Krise wurde wieder einmal deutlich, dass die Arbeit der Sozialwirtschaft in der politischen Diskussion kaum Beachtung findet und auch ihre Relevanz immer wieder infrage gestellt wird. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass nur wenige Bereiche der sozialen Arbeit als „systemrelevant" anerkannt sind bzw. zur „kritischen Infrastruktur" gehören und die Branche erst durch den Einfluss der Wohlfahrtsverbände überhaupt in ein soziales Schutzpaket aufgenommen wurde. Verantwortliche in Politik und Gesellschaft müssten ein deutliches Interesse daran haben, die Relevanz der professionellen sozialen Arbeit und damit auch der Sozialwirtschaft insgesamt zu erkennen und die soziale Infrastruktur im Land zu sichern und auszubauen.

Unterschätzt und fast vergessen

Die Sozialwirtschaft und hier auch der gemeinnützige Sektor ist in Baden-Württemberg eine dynamische und wachsende Branche, die auf Veränderungen reagiert. Der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz, das Engagement zur Integration von geflüchteten Menschen, die steigende Nachfrage infolge der Alterung der Gesellschaft oder auch zunehmende soziale Probleme führen zum weiteren Ausbau des Angebots. Durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und den stetigen Anstieg der Wirtschaftsleistung gewinnt die Sozialwirtschaft auch mit Blick auf die Gesamtwirtschaft an Bedeutung (siehe Diagramm S. 5).

Im Gegensatz zu kommerziellen Anbietern sind die zentralen Akteure der Sozialwirtschaft dem Gemeinwohl streng verpflichtet und dürfen kaum Risikorücklagen bilden. Sie orientieren sich unabhängig von ihrer religiösen oder weltanschaulichen Überzeugung an der Würde des Menschen, der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität und der Subsidiarität. Die Träger der Dienste und Einrichtungen tun dies auch nicht um ihrer selbst willen – der Sozialstaat ist im Grundgesetz verankert.



Quelle: https://www.mehr-wert-als-ein-danke.de/sozialwirtschaft/

Menschen in Notlagen unterstützen

Ziel des modernen Sozialstaates ist es, Menschen in Notlagen zu helfen und diese, wenn möglich erst gar nicht entstehen zu lassen. Trotz dieser Tatsachen und dem Wissen, dass Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, in Krisen besonders leiden und obwohl eine Vielzahl von Menschen täglich die Dienstleistungen und Einrichtungen von gemeinnützigen Trägern in Anspruch nehmen bzw. auf diese angewiesen sind, wurden sie erst spät Teil des staatlichen Rettungsschirms. Ohne die Arbeit der Wohlfahrtsverbände, allen voran der des PARITÄTISCHEN, der als Erstes auf die Auswirkungen der Kontaktbeschränkungen für die Träger der sozialen Einrichtungen und Dienste aufmerksam machte, wären sie es vielleicht heute noch nicht.

Ein starker Sozialstaat in der Zeit der Krise?

Mittlerweile wurden mehrere Schutzpakete verabschiedet und die Beantragung von Leistungen für Adressat*innen erleichtert. Leistungsträger für die sozialen Dienste, die ihren Bestand nicht mit vorrangig verfügbaren Mitteln absichern können, haben die Möglichkeit, einen Antrag auf einen Zuschuss nach dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG) zu stellen und erstmals wurde ein KfW-Sonderkreditprogramm zur Liquiditätssicherung speziell für gemeinnützige Organisationen aufgelegt. Die Programme sind ein erster Schritt. Klar ist aber auch, nicht alle werden ohne weiteres an diesen Programmen teilhaben können und wie es mit den nicht in den Sozialgesetzbüchern verankerten Leistungen weiter geht, ist offen. Im Zuge der Ökonomisierung der Krise wird sich unter anderem auch zeigen, welche Relevanz die Soziale Arbeit in unserem Sozialstaat erfährt.

Systemrelevant oder irrelevant?

Unter anderem anhand des Beispiels der Förderpraxis des Rettungsschirmes lässt sich aufzeigen, dass soziale Arbeit nicht ohne weiteres als „systemrelevant" anerkannt wird. Wer am Rettungsschirm partizipieren will, muss sicherstellen, dass die Tätigkeit zur Bekämpfung der Pandemiefolgen beiträgt. Prof. Dr. Leonie Wagner weist zurecht darauf hin, dass dies eine „Klausel ist, die für Wirtschaftsunternehmen nicht besteht".[1] In Baden-Württemberg werden einige Bereiche inzwischen der kritischen Infrastruktur zugerechnet, andere bleiben außen vor. Warum?

Es steht außer Frage, die Träger der sozialen Dienste und Einrichtungen haben in den letzten Monaten Unglaubliches geleistet und das im Spannungsfeld zwischen dem Wohlergehen der Adressant*innen, der Sorge um Mitarbeitende und die der eigenen wirtschaftlichen Existenz. Sie waren für die Menschen da und haben vielfach kreative Lösungen für Probleme gefunden. Sie haben durch ihre professionelle Unterstützung alles dafür getan, dass die Krise die Menschen nicht noch härter trifft und das, obwohl die Branche vielfach mit Niedriglöhnen und Personalmangel kämpft. Was ist diese Tätigkeit, wenn nicht „systemrelevant"?

Was bedeutet dies für die Zukunft?

Es gilt, weiter aufmerksam zu sein und sehr genau zu beobachten, welche Folgen und Konsequenzen das Krisenmanagement im Zuge der Corona-Pandemie für die Dienste und Einrichtungen der sozialen Arbeit, aber auch für die Profession selbst hat. Klar ist allerdings schon jetzt, dass es stärker denn je nötig sein wird, sich politisch zu positionieren und sich Gehör zu verschaffen. Die bestehende soziale Infrastruktur muss auf jeden Fall erhalten bleiben. Mehr noch: Sie muss im Zuge der weiteren Bekämpfung der Krise gestärkt und ausgebaut werden. Soziale Arbeit ist systemrelevant!

» **Kontakt**
Sabine Oswald, Leitung Bereich Krisenintervention und Existenzsicherung
Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg
oswald@paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de

1 HAWK: Prof. Dr. Leonie Wagner (3. APRIL 2020). Zu den sozialen Folgen des Coronavirus. Abgerufen 14.04.2020 von https://www.hawk.de/de/newsportal/pressemeldungen/soziale-arbeit-muss-als-systemrelevant-eingestuft-werden.

CORONA UND SOZIALSTAAT

STABILITÄT IN DER KRISE?

Zur Bedeutung des Sozialstaats für Wirtschaft und Gesellschaft

DÜSSELDORF Der Sozialstaat zeigt in der gegenwärtigen Corona-Krise seine Stärken: Er sichert Menschen im Falle des Verlustes ihres Erwerbseinkommens ab und trägt durch das Kurzarbeitergeld zur Beschäftigungssicherung bei. In der Krise wurden einzelne Sozialleistungen ausgebaut oder einfacher zugänglich gemacht. Beispiele sind die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes oder der vereinfachte Zugang zur Grundsicherung. Die Rentenanpassung wurde dagegen im Sommer ganz normal umgesetzt – trotz Warnungen vor vermeintlichen Ungerechtigkeiten und Finanzierungsproblemen.

Aus Sicht der Bürger*innen sorgt der Sozialstaat damit für Sicherheit – materiell, aber auch indem er zu einem Gefühl von Stabilität beiträgt. Volkswirtschaftlich trägt er durch seine Leistungen dazu bei, dass die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen stabil bleibt. Auch die Beschäftigung in Pflegediensten, Krankenhäusern, Schulen oder Kindertagesstätten ist ein Teil dieses Stabilisierungsmechanismus. Und die Neuregelungen von Sozialleistungen – über die im Detail sicher gestritten werden kann – zeigen, dass Sozialpolitik flexibel auf Krisen reagieren kann. Der Sozialstaat ist damit ein wichtiges Instrument der Krisenbewältigung.

Die Corona-Krise ist anders als bisherige Krisen

Aber: Die aktuelle Krise hat besondere Auswirkungen, denn sie beeinträchtigt nicht nur die Wirtschaft und lässt – schlimm genug – Menschen um ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen fürchten. Die Sorge um die Gesundheit (auch um die Gesundheit anderer) und die politischen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus beeinträchtigen den Umgang der Menschen miteinander. Und damit ist ein Teil des Sozialstaats tatsächlich in die Krise geraten. Der Sozialstaat steht nicht neben der Gesellschaft. Durch Angebote zur Kinderbetreuung aber auch durch die Finanzierung und Bereitstellung professioneller Alten- und Krankenpflege formt der Sozialstaat die Art und Weise, wie Familien leben. Der Ausbau der Kinderbetreuung ermöglicht es Müttern (und Vätern) beispielsweise, stärker am Erwerbsleben teilzunehmen. Sozialpolitik beeinflusst, was in einem Haushalt erledigt werden muss und wer dafür zuständig ist.

Diese Arbeitsteilung ist angesichts der Schließung von Schulen und Kindergärten für eine Zeit lang ausgesetzt worden. Und auch die gewohnten Abläufe in der Alten- und Krankenpflege waren betroffen: Der gewohnte familiäre Umgang wurde etwa durch Besuchssperren in Seniorenheimen unterbrochen. Das Zusammenspiel von staatlich regulierten und finanzierten Dienstleistungen und familiärer Sorgearbeit ist durcheinander gewirbelt worden. Was daraus folgt, ist alles andere als klar, außer dem Wunsch nach der Rückkehr zur Normalität bei vielen Menschen.

Was nehmen wir in die „neue Normalität“ mit?

In der Krise wird damit nicht nur sichtbar, welche Rolle der Sozialstaat für die ökonomische und gesellschaftliche Stabilität spielt. Sichtbar wird auch, welche Bedeutung soziale Dienstleistungen für das alltägliche Leben der Menschen haben. Es wäre wichtig und wünschenswert, diese Erfahrung in die „neue Normalität“ mitzunehmen und den sozialen Dienstleistungen die Wertschätzung und finanzielle Ausstattung zu geben, die ihrer Rolle entsprechen.

» **Kontakt**
Dr. Florian Blank, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung
florian-blank@boeckler.de
www.wsi.de

Fotograf: Karsten Schöne

Gairdy Sanders - Unsplash

JUNGE MENSCHEN

IN DEN BLICK NEHMEN UND STÄRKEN

Zwischenbilanz in Corona-Zeiten: Eine wirksamere Jugendpolitik ist notwendig

STUTTGART Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie beeinflussen seit Mitte März 2020 das soziale und wirtschaftliche Leben und damit auch das Leben von jungen Menschen. Doch wie ging es ihnen in der Zeit des Lockdowns? Was ist in der momentanen Phase der Öffnung für die Entwicklung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen notwendig? Was muss zukünftig beachtet werden? Ein kurzer Rück- und Ausblick zeigt, wie junge Menschen die Corona-Zeit erlebt haben und welche Anliegen in den Blick genommen werden müssen.

Erste Studien und Aussagen von jungen Menschen geben einen Einblick in ihre Situation. Lange Zeit fühlten sie sich auf politischer Ebene nur als Schüler*in bzw. Studierende wahrgenommen. Die Regelung des Schulbesuchs hinterließ den Eindruck, dass es weniger um ihre Bildungssituation, sondern vielmehr um die Ermöglichung der Berufstätigkeit der Eltern ging. Ihre jugendspezifischen Lebensstile sind weggefallen, der Kontakt zu Peers eingeschränkt. Gerade die Jugendphase hat massive Einschnitte erfahren. Wenn man bedenkt, dass diese Phase entscheidend für die eigene Persönlichkeitsentwicklung, die schulische bzw. berufliche Qualifizierung und die Verselbstständigung ist, verwundert es nicht, dass die Zielgruppe der jungen Menschen durch die Pandemie verunsichert und belastet ist. Zudem ist noch unbekannt, wie die familiäre Situation erlebt wurde bzw. ob und inwieweit junge Menschen in der Zeit der Kontaktbeschränkungen verstärkt häusliche Gewalt erfahren haben.

Wirksamere Jugendbeteiligung

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf junge Menschen verdienen somit mehr Aufmerksamkeit. Aktuell und perspektivisch ist es zwingend notwendig, sie in politische und gesellschaftliche Prozesse verstärkt miteinzubeziehen. Die für die Entwicklung der jungen Menschen notwendigen Lebenswelten, der Austausch mit Gleichaltrigen oder der Zugang zu Vertrauenspersonen außerhalb des familiären Umfelds waren zu wenig im Blickfeld. Umso wichtiger ist es, junge Menschen zu beteiligen und ihre Stimme zu hören.

Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg begrüßt, dass die Landespolitik den Blick auf junge Menschen über das Dasein als reine Schüler*innen hinaus erweitert und sich in einem ersten Schritt für die Öffnung der Angebote der Jugendarbeit sowie der Freizeiten in den Sommerferien eingesetzt hat.

Ernsthafte Jugendpolitik in Krisenzeiten

Es ist grundsätzlich notwendig, die Lebenswelten, Interessen und Bedarfe von jungen Menschen ernst zu nehmen, auch und insbesondere in der Pandemiezeit. Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg fordert deshalb eine wirksamere Jugendbeteiligung und eine Jugendpolitik, die Perspektiven und Anliegen von jungen Menschen ernsthaft einbezieht. Durch die Corona-Pandemie wurden grundlegende gesellschaftliche Veränderungsprozesse angestoßen, die eine stärkere Digitalisierung sowie ein größeres Nachhaltigkeitsbewusstsein mit sich bringen werden. Bei diesen Zukunftsfragen ist die besondere Perspektive der jungen Menschen zu berücksichtigen. Folglich muss Jugendpolitik weitergedacht und -entwickelt werden, um grundsätzlich auch in Krisenzeiten wirksam zu sein.

» **Kontakt**
Barbara Meier
Leitung Jugend und Bildung
Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg
meier@paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de

BERUFSTÄTIGE FRAUEN ZWISCHEN KINDERN, KARRIERE UND CORONA

Frauen müssen durch die finanzielle Aufwertung systemrelevanter Berufe gestärkt werden

LUDWIGSBURG **Die in vielen Familien fragile Balance von Kindern und Karriere ist in den letzten Monaten stark durch die Corona-Pandemie aus dem Gleichgewicht gebracht worden. Schon vor COVID-19 zeigten Studien, wie sehr Eltern unter Druck stehen, berufliche Verpflichtungen mit ihrer Sorgeverantwortung für Kinder zu vereinbaren. Im eng getakteten Familienalltag erlebte ein Teil der Eltern die Monate des „Lockdowns" daher als willkommene Entlastung, da berufliche, schulische oder private Termine sowie Wegezeiten entfielen (Andresen et al. 2020). Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die negativen Auswirkungen der Corona-Krise vor allem für berufstätige Mütter überwiegen.**

Dies gilt zunächst für die Einkommenssituation vieler Mütter, die auch schon vor der Pandemie durch familienbedingte Teilzeitbeschäftigungen ein großes Armutsrisiko eingegangen sind. Zusätzlich hat COVID-19 eindrücklich vor Augen geführt, dass es vor allem Frauen sind, die in systemrelevanten Branchen wie Pflege, Gesundheit, soziale Arbeit, Erziehung oder dem Einzelhandel tätig sind. Trotz ihres Einsatzes an „vorderster Front" zählen die Beschäftigten dieser Berufe oft zu den „Working Poor", für die das Einkommen kaum zum Leben reicht. Der Hoffnung, Corona könnte diesen gesellschaftlich zentralen Tätigkeiten auch monetär zu mehr Wertschätzung verhelfen, sind bislang keine Taten gefolgt. Neben diesen systemrelevanten Bereichen arbeiten Frauen überwiegend in Branchen, die derzeit von Kurzarbeit oder Entlassungen betroffen sind, wie z.B. der Gastronomie oder Kunst und Kultur. Insbesondere die angespannte Einkommenssituation der 1,4 Millionen alleinerziehenden Mütter in Deutschland dürfte sich dadurch weiter verschärfen. Aktuell gibt ein Drittel der Familien an, aufgrund der Pandemie größere Geldsorgen zu haben (Andresen et al. 2020).

Spagat zwischen Beruf und Familie

Als zweiter Belastungsfaktor erweist sich derzeit die Arbeitsteilung von Eltern beim täglichen Spagat zwischen Beruf und Familie. Pandemiebedingt wurden Kitas und Schulen geschlossen; auch die Kinderbetreuung durch Großeltern entfiel in vielen Fällen komplett. Beides stellte berufstätige Eltern vor die gewaltige Frage, wie sie für unabsehbare Zeit ihren Alltag organisieren sollen. Als Reaktion sind es vor allem die Mütter, die ihre Arbeitsstunden reduziert haben (Bünning et al. 2020). Die Sorge vor einem „Backlash", einer „entsetzlichen Retraditionalisierung" (Allmendinger 2020) der elterlichen Arbeitsteilung ist damit begründet. Allerdings scheint es eine potenzielle Chance für mehr Gleichverteilung der elterlichen Sorgearbeit vor allem in den Familien zu geben, in denen die Mutter in einem systemrelevanten Beruf außer Haus tätig ist, während der im Homeoffice tätige Vater zuhause die Kinderbetreuung leistet. Gleiches gilt für Paare, in denen beide im ähnlichen Arbeitsumfang zuhause im Homeoffice arbeiten. Anlass zur Euphorie ist trotzdem nicht geboten, denn je nach Berechnung zählen gerade einmal sechs bis acht Prozent aller Paare zu diesen „Hoffnungsträgern" (Boll und Schüller 2020). Durch die Kita- und Schulschließungen wurden zudem Alleinerziehende besonders hart getroffen, die seltener in Homeoffice-fähigen Berufen tätig sind als Mütter in Paarfamilien und damit zunächst ohne jegliche Betreuung auskommen mussten, bis erste Angebote für Notbetreuung wieder öffneten (Müller et al. 2020). Welche Auswirkungen die Pandemie langfristig auf die Arbeitsteilung von Müttern und Vätern hat, bleibt abzuwarten.

Homeoffice und Homeschooling

Ganz neue Herausforderungen stellen sich für Eltern auch durch das Homeschooling von Kindern. Aufgrund mangelnder digitaler Schullernplattformen sowie mangelnder digitaler Kenntnisse vieler Lehrer*innen erhielten die meisten Schulkinder ihre Aufgaben in Form von E-Mails, die das Lehrpersonal an die Eltern verschickte (Porsch und Porsch 2020). Selbst Kinder, die versiert mit dem Smartphone oder dem Tablet umgehen, hatten Probleme mit dem Lernen auf Distanz, da ihnen Erfahrungen mit E-Mail-Kommunikation oder Textverarbeitung fehlten. Zudem hatten viele Kinder kaum persönlichen Kontakt zu Lehrer*innen. Hauptansprechpartner*innen bei Fragen waren vor allem die Eltern. Gerade Alleinerziehende sowie Eltern mit einem niedrigen Bildungsabschluss fühlten sich in dieser Situation im Stich gelassen (Zinn und Bayer 2020). Der vielfach vorhandene Anspruch von Eltern, ihre Kinder bestmöglich zu fördern, erwies sich in der Pandemie oft als nicht umsetzbar, auch wenn Arbeitgeber und Medien kolportierten, die Gleichzeitigkeit von Homeoffice und Homeschooling sei nur eine Frage der Organisation.

Wie mit der Ungewissheit umgehen?

Vor dem Hintergrund der drei Belastungsdimensionen von Einkommen, Arbeitsteilung und Bildung der Kinder überrascht es nicht, dass vorrangig berufstätige Mütter nach den ersten Monaten der Pandemie von Erschöpfung, Schuldgefühlen und Überforderung berichten (Andresen et al. 2020). Auch die Ungewissheit, ob und für wie lange in den kommenden Monaten mit weiteren Kita- und Schulschließungen zu rechnen ist, beschäftigt viele weiterhin. Hier braucht es Konzepte, um flächendeckende Schließungen zu verhindern und Quarantäneregelungen lokal zu beschränken.

Mittelfristig ist es geboten, Frauen durch eine finanzielle Aufwertung systemrelevanter Berufe in Pflege, Erziehung, Sozialer Arbeit und Gesundheit zu stärken und Männer mehr in die Sorgearbeit einzubinden. Es bleibt zu hoffen, dass wenigstens ein paar der männlichen „Hoffnungsträger" in ihrer Homeoffice-Zeit auf den Geschmack einer gleichberechtigten Arbeitsteilung gekommen sind.

Literatur

Allmendinger, Jutta (2020): Die Frauen verlieren ihre Würde. In: Zeit Online, 12.05.2020.

Andresen, Sabine; Lips, Anna; Möller, Renate; Rusack, Tanja; Schröer, Wolfgang; Thomas, Severine; Wilmes, Johanna (2020): Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie KiCo. Hildesheim.

Boll, Christina; Schüller, Simone (2020): Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos – empirisch gestützte Überlegungen zur elterlichen Aufteilung der Kinderbetreuung vor, während und nach dem COVID-19 Lockdown. Hg. v. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin (SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, 1089).

Bünning, Mareike; Hipp, Lena; Munnes, Stefan (2020): Erwerbsarbeit in Zeiten von Corona. Hg. v. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin (WZB Ergebnisbericht).

Müller, Kai-Uwe; Samtleben, Claire; Schmieder, Julia; Wrohlich, Katharina (2020): Corona-Krise erschwert Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem für Mütter. Erwerbstätige Eltern sollten entlastet werden. In: DIW Wochenbericht 87 (19), S. 331–340.

Porsch, Raphaela; Porsch, Torsten (2020): Fernunterricht als Ausnahmesituation. Befunde einer bundesweiten Befragung von Eltern mit Kindern in der Grundschule. In: Detlef Fickermann und Benjamin Edelstein (Hg.): „Langsam vermisse ich die Schule…". Schule während und nach der Corona-Pandemie. Münster: Waxmann, S. 61–78.

Zinn, Sabine; Bayer, Michael (2020): Subjektive Belastungen der Eltern durch Schulschließungen zu Zeiten des Corona-bedingten Lockdowns. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin (SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research).

» **Kontakt**
Prof. Dr. Johanna Possinger, Professorin für Frauen und Geschlechterfragen in der Sozialen Arbeit an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg
j.possinger@eh-ludwigsburg.de
www.eh-ludwigsburg.de

BENACHTEILIGTE SIND BESONDERS BETROFFEN

Teilhabe und Transformation als Herausforderung für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt

STUTTGART Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt ist in der Corona-Krise eingebrochen. Allein die Eindämmung durch den massiven Einsatz von Kurzarbeit und Prämien für Ausbildungsbetriebe konnte bislang Schlimmeres verhindern. Förderungen für bereits arbeitslose Menschen und Jugendliche ohne Ausbildung stagnieren auf niedrigem Niveau oder gehen zurück. Gleichzeitig müssen viele soziale Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen ums Überleben kämpfen. Die Politik muss darauf schnell reagieren, zumal die ökologische und digitale Transformation auch in der sozialen Arbeitsmarktpolitik erhebliche Anstrengungen fordert.

In Baden-Württemberg waren im August rund 294.000 Menschen arbeitslos gemeldet. Fast 85.000 Menschen mehr als im Vorjahresmonat sind betroffen. Ein Anstieg um rund 40 Prozent. Bei jungen Menschen bis 25 Jahre, die den Einstieg in Arbeit suchen, gar um 45 Prozent. Die kritische Situation am Arbeitsmarkt wird durch die historisch hohe Kurzarbeit im Land verschärft. Im Mai dieses Jahres bezogen nach der Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) fast 900.000 Menschen konjunkturelles Kurzarbeitergeld. Für März bis August 2020 verzeichnet die BA über zwei Millionen Menschen, die von Betrieben für eine mögliche Kurzarbeit angezeigt wurden. Zum Vergleich: In der Wirtschaftskrise 2008/09 betraf der Spitzenwert der realisierten Kurzarbeit im Mai 2009 rund 330.000 Menschen.

Auch am Ausbildungsmarkt ist die Krise angekommen. Für endgültige Aussagen ist es hier noch zu früh. Aber die Tendenz zeigt ebenfalls eine deutliche Negativentwicklung. Die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern im Land melden zu Beginn des Ausbildungsjahres einen Rückgang von rund 7.300 Neuverträgen.

Benachteiligte sind besonders betroffen

Die Krise betrifft gering qualifizierte und prekär beschäftigte Menschen besonders. Viele von ihnen können kein Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen und verlieren ihren Arbeitsplatz. Junge Menschen mit schlechteren Ausgangsbedingungen haben deutlich geringere Chancen auf eine Berufsausbildung. Diese Gruppen sind auf mehr Förderung angewiesen. Doch die Entwicklungen der letzten Jahre und Monate weisen in die andere Richtung. Die öffentlich geförderte Beschäftigung stagniert seit Jahren auf einem viel zu niedrigen Niveau, nachdem sie seit der Wirtschaftskrise 2009 um mehr als siebzig Prozent zurückgefahren wurde. Rund 65.000 langzeitarbeitslosen Menschen im Land standen im August noch rund 5.000 Menschen gegenüber, die öffentlich geförderte Arbeitsgelegenheiten oder Beschäftigungsverhältnisse in Anspruch nehmen konnten. Auch die Förderung von Berufsausbildungen ist rückläufig. Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zeigen wie ein Brennglas, dass in der sozialen Arbeitsmarktpolitik viel zu wenig getan wurde und wird. Nimmt man dazu die digitale und ökologische Transformation der Wirtschaft in den Blick, wird deutlich, vor welchen enormen Herausforderungen die Arbeitsmarktpolitik gerade für benachteiligte Menschen steht.

Soziale Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen in der Krise

Teilhabe an Erwerbsarbeit, Ausbildung und berufliche Qualifizierung und Integration sind Aufgabe der sozialen Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen (SBU). Für benachteiligte Menschen spielen SBU dabei die zentrale Rolle. Umso gravierender ist es, dass gerade die SBU selbst durch die Auswirkungen der Covid-19-Krise in Existenznöte geraten sind.

Gerade in der Krise zeigt sich, dass die Strukturpolitik im Bereich der Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung falsch ausgerichtet ist. SBU müssen unter äußerst unsicheren strukturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen agieren. In der Krise werden die negativen Auswirkungen dieser fehlenden Verankerung der SBU als Teil der sozialen Infrastruktur deutlich. Bisher ist es nur mit größter Mühe gelungen, die staatlichen Corona-Hilfen für soziale Einrichtungen auf die Erfordernisse der SBU anzupassen. Ohne weitere finanzielle Hilfen rechneten im Mai rund 40 Prozent der SBU im PARITÄTISCHEN mit der endgültigen Schließung von Betriebsteilen oder des gesamten Unternehmens, bedingt durch die finanziellen Einbußen in Folge der Corona-Krise.

Krise als Chance?

Das Bild der Krise als Chance wird derzeit häufig bemüht. Ob sich dieser positive Blick auf die künftige soziale Arbeitsmarktpolitik übertragen lassen wird, ist offen. Für eine positive Wendung müssen für Betroffene mehr und zukunftsfähige Angebote zur Teilhabe an Arbeit und Ausbildung geschaffen werden. Dafür brauchen SBU einen sicheren und nachhaltigen Handlungsrahmen als Teil der sozialen Infrastruktur.

Der finanzielle Kahlschlag in der sozialen Arbeitsmarktpolitik in der Wirtschaftskrise 2008/09 darf sich trotz absehbar angespannter öffentlicher Haushalte nicht wiederholen. Im Gegenteil, notwendig ist eine Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Infrastrukturoffensive. Diese darf sich keinesfalls allein auf Menschen beschränken, die (noch) in Arbeit sind und arbeitslose Menschen aus den Augen verlieren. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der BA hat dazu die Richtung klar aufgezeigt: „Entscheidend wird sein, dauerhafte Schäden zu vermeiden. Neben den Maßnahmen zum Erhalt von Betrieben und Jobs kommt es daher darauf an, die Arbeitslosigkeit zügig wieder abzubauen und einer ansonsten drohenden Verfestigung entgegenzuwirken." *(vgl. https://www.iab-forum.de/der-arbeitsmarkt-in-der-schwersten-rezession-der-nachkriegsgeschichte/)*

» **Kontakt**
Ralf Nuglisch, Leitung Bereich
Arbeit und Qualifizierung
Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg
nuglisch@paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de

FAMILIEN: GRÖSSTER PFLEGEDIENST IN DEUTSCHLAND

Corona-Pandemie bremst Unterstützungs- und Entlastungsangebote

Ich bin froh, dass ich nach der Corona-Zwangspause die Tagespflege wieder besuchen kann, um unter meinesgleichen zu sein. Das finde ich sehr schön!“

Foto: ASB

Die bekannten Gesichter und freundlichen Mitarbeiter haben mir gefehlt.“

Mein Vater vermisst die Betreuungsgruppe. Leider bekommt er Luftnot mit der Maske.“

Foto: Tagespflege Ostfildern

In der Sitztanzgruppe haben wir immer viel Spaß. Endlich können wir wieder zusammen lachen, auch wenn wir Abstand halten müssen.“

In der Zeit, in der meine Mutter in der Betreuungsgruppe ist, kann ich nun wieder in Ruhe einkaufen gehen.“

Foto: free to use sounds · unsplash

Ich freue mich, dass die Tagespflege wieder geöffnet hat. Endlich wieder ein Stück Normalität und Abwechslung im Alltag.“

Foto: Joachim Schwarz, Tagespflege Ostfildern

STUTTGART In Deutschland werden laut statistischem Bundesamt 76 Prozent der pflegebedürftigen Menschen in der eigenen Häuslichkeit gepflegt. Alleine in Baden-Württemberg entspricht dies 302.290 Menschen. Davon werden 226.987 ausschließlich von Angehörigen gepflegt.

Die Pflegeversicherung folgt dem Grundsatz, pflegebedürftigen Bürger*innen so lange wie möglich ein Leben zu Hause zu ermöglichen. Unterstützung erhalten sie von pflegenden Angehörigen. Zur Entlastung und Stabilisierung der häuslichen Pflegesituationen wurde innerhalb der Pflegeversicherung ein Netzwerk von Beratungs-, Schulungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangeboten aufgebaut. Der Besuch einer Tagespflege oder einer spezialisierten Betreuungsgruppe (z. B. für Menschen mit einer Demenzerkrankung) dienen neben der Entlastung pflegender Angehöriger der Förderung von kognitiven und physischen Fähigkeiten pflegebedürftiger Menschen.

Lockdown hinterlässt Spuren

Mit dem Lockdown und Sozial Distancing der Corona-Pandemie wurden die Unterstützungs- und Entlastungsangebote sowie die Förderung von Fähigkeiten, z. B. durch Betreuungsgruppen, Tagespflege und Pflegekurse, weitgehend stillgelegt, bestenfalls konnten sie nur in sehr eingeschränktem Maße durchgeführt werden.

Die Pandemie-Maßnahmen zum Schutz der vulnerablen Risikogruppe der älteren und pflegebedürftigen Menschen haben Spuren hinterlassen. In der Gruppe der pflegebedürftigen Menschen zeigen sich Rückschritte der kognitiven und körperlichen Fähigkeiten, die im Besonderen in der Kommunikations- und Bewegungsfähigkeit der Betroffenen sichtbar werden. Pflegende Angehörige berichten, dass die veränderten Routinen innerhalb der Familien und des Alltags sowie die fehlenden Förderungen von Fähigkeiten zu einer Herausforderung wurden. Dabei spielen, neben der Angst vor Ansteckung, emotionale Beziehungen und Kohärenz innerhalb der Familien eine Rolle.

Blick in die Zukunft

Das Wegbrechen elementarer stabilisierender Strukturen in der häuslichen Pflege und Betreuung muss zukünftig vermieden werden, um stabile Pflegesituationen in der Häuslichkeit zu gewährleisten. In Lockdown-Zeiträumen für soziale Einrichtungen wäre gerade für Menschen mit einer demenziellen Erkrankung der Kontakt sowie die Förderung und Erhaltung von Fähigkeiten durch qualifiziertes Betreuungs- und Pflegepersonal der Tagespflege oder spezialisierter Betreuungsgruppen wichtig.

Diese Angebote sind jedoch gesetzlich an feste Erbringungsorte gebunden. Es müssen also zukünftig im Rahmen von Pandemieplänen Wege geschaffen werden, die Angebote, wie beispielsweise Tagespflege-„Zuhause“ oder spezielle Betreuungseinheiten zur Förderung von Fähigkeiten „zuhause“, als professionelle Leistungen in der Häuslichkeit zu ermöglichen. Neben der dauerhaften Aufwertung der Pflegeberufe ist auch an den größten „Pflegedienst“ in Deutschland – die pflegenden Angehörigen – zu denken.

Kontakt
Angela Querfurth, Leitung Bereich Ältere Menschen und Pflege
Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg
querfurth@paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de

AUSWIRKUNGEN DER CORONA-PANDEMIE AUF DIE FREIWILLIGENDIENSTE

Erfahrungen der PARITÄTISCHEN Trägerorganisationen

STUTTGART Im Bereich des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg leisten jedes Jahr rund 3.500 meist junge Menschen einen Freiwilligendienst. Freiwillige im FSJ und im Bundesfreiwilligendienst haben in der schwierigen Corona-Zeit in vielen Bereichen mitgeholfen, die verschiedensten Personengruppen in der sozialen Arbeit mitzuversorgen, zu betreuen und zu begleiten. Zugleich mussten sie selbst wie auch die Einsatzstellen und die sieben PARITÄTISCHEN Träger der Freiwilligendienste mit vielen Einschränkungen und Veränderungen fertig werden. Informationen zum FSJ/BFD beim PARITÄTISCHEN unter www.paritaet-bw/freiwilligendienste oder #jetzterstrechtfreiwillig.

Wie in vielen anderen Bereichen mussten sich die Freiwilligen, die Einsatzstellen und die Träger von heute auf morgen und täglich aufs Neue bisher nicht bekannten Herausforderungen stellen. Von Anfang an galt es dabei zu beherzigen, dass die Sicherheit der Freiwilligen ebenso wie die des anderen Personals und der Adressaten der sozialen Arbeit absolut im Vordergrund steht.

Keine Entbindung von der Dienstpflicht

In den Freiwilligendiensten war und ist von den zuständigen Behörden vorgegeben, dass die Freiwilligen während der aktuellen Ausnahmesituation nicht grundsätzlich von der Dienstpflicht entbunden sind. Wenn Einsatzstellen jedoch aufgrund behördlicher Auflagen oder eigener Entscheidungsbefugnis ihren Betrieb einstellen oder die Gesamtsituation ein Gefährdungspotenzial erkennen lässt, das die ordnungsgemäße Durchführung des Freiwilligendienstes in Frage stellt, kann der Dienst reduziert oder durch Freistellung unterbrochen werden. Bei einer Reduzierung oder Freistellung können die Freiwilligen nicht verpflichtet werden, den ausgefallenen Dienst nachzuholen oder für diese Zeit Urlaub zu nehmen. Die mit den Freiwilligen vereinbarten Leistungen (Taschengeld, Sozialversicherung) sind auch für die Zeit der Reduzierung oder Freistellung zu gewähren. Eine Beschäftigung in anderen, nicht betroffenen Einsatzbereichen der Einsatzstelle ist möglich. Sind Freiwillige und die Einsatzstelle einverstanden, ist ein Einsatz auch außerhalb der Einsatzstelle in einem erweiterten Einsatzbereich möglich.

Unter den Teilnehmer*innen ist es nur ganz vereinzelt zu Infektionen gekommen, nur wenige haben den Dienst abgebrochen und sind ausgeschieden. Einige mussten auf andere Einsatzstellen umgesetzt werden. Zu großen Problemen ist es wegen Ein-/Ausreisebeschränkungen bei ausländischen Teilnehmer*innen gekommen.

» *Eindringlich war die Situation bei zwei sehr engagierten Incomern, die im Heimaturlaub waren, im Lockdown nicht zurück nach Deutschland kamen und Sorge hatten um ihren Platz in der Einsatzstelle, um ihren Sprachkurs und die 12-monatige praktische Tätigkeit, was sie beides für die angestrebte Ausbildung in Deutschland benötigten. Letztendlich stiegen sie nach einer längeren Pause wieder in den Dienst ein, nachdem sie per Fähre, Bus und Bahn nach Europa zurückkehren konnten. Sie verlängern nun ihre Dienstzeit und planen ihre berufliche Zukunft weiter.*

Rahel Röhner
Betriebsleitung Freiwilligendienste Reha Südwest

» *Durch eine persönliche und zugewandte Begrüßung am Telefon oder über videobasierte Gespräche können die Freiwilligen unsere Haltung ihnen gegenüber – „Sie sind uns wichtig, wir sind für Sie auch virtuell da" – erfahren und damit Vertrauen aufbauen. Auch bei Bewerber*innen mit hohem Unterstützungsbedarf lassen sich in ausführlichen Gesprächen Lösungen finden, welche Einsatzstelle geeignet sein könnte. Diese Gesprächskultur ist für den Träger mit Mehraufwand verbunden. Die obligatorischen Hospitationen in den Einsatzstellen werden derzeit meist durch Einzelgespräche oder Skype-Gespräche mit den Einsatzstellen ersetzt – ein weiterer Nachteil."*

Gisela Gölz
Gesamtleitung Freiwilligendienste Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg

Kommunikation im virtuellen Raum

Wegen der Kontaktbeschränkungen war ein Ersatz für die begleitenden pädagogischen Seminare eine ganz besondere Herausforderung. Hier musste in sehr kurzer Zeit auf „Online-Seminarbetrieb" umgestellt werden, d. h. geeignete Plattformen mussten gefunden und erprobt, das pädagogische Personal eingewiesen, Inhalte der Seminar-Curricula teilweise mit viel Improvisation onlinetauglich umgestrickt, möglichst interaktive Kommunikationsformen gefunden und die Einsatzstellen mit ihrem Praxisbezug einbezogen werden.

Vorübergehend war die Gesamtsituation der Dienste durchaus als recht problematisch einzuschätzen. Nach temporären Einbrüchen haben zwischenzeitlich die Bewerber*innenzahlen für die Freiwilligendienste ab Herbst 2020 wieder den Vorjahresstand erreicht, teilweise liegen sie sogar darüber. Doch bei Kontakten mit den neuen Interessent*innen tun sich ebenfalls Hürden auf. Hier spielt sich nun die Kommunikation vor allem im virtuellen Raum ab.

Auswirkungen auf die Freiwilligendienste

Inzwischen sind bei allen Trägern umfangreiche Erfahrungen im Umgang mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie gesammelt worden, sodass die Dienste bei ihrem zukünftigen Tun weiterhin Lernchancen, Hilfsbereitschaft, Solidarität und Engagement für den Zusammenhalt der Gesellschaft praktizieren und in den Vordergrund stellen können. Die Inlandsfreiwilligendienste, so das vorläufige Fazit von Britta Möller, Projektleitung FSJ bei den Freunden der Erziehungskunst Rudolf Steiners, sind quasi „mit einem blauen Auge" davongekommen. Anders sieht es bei den Auslandsfreiwilligendiensten aus: Dort kann der Betrieb, je nach Empfehlung des Auswärtigen Amtes voraussichtlich im Herbst wieder aufgenommen werden.

» **Kontakt**
Dr. Hermann Frank
Freiwilligenengagement
Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg
engagement@paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de

VON GARTENZAUN-PÄDAGOGIK UND KOOPERATIONEN

Herausforderungen und Erfahrungen der Schulsozialarbeit im Lockdown

TÜBINGEN Schulschließungen, Kontaktverbote und ständig wechselnde Vorgaben haben besonders in der Hochphase der Pandemie im April dieses Jahres die Träger und Mitarbeiter*innen der Schulsozialarbeit und Sozialer Gruppenarbeit vor Herausforderungen gestellt. Die Aufgabe war klar: Der Kontakt zu den Schüler*innen muss gehalten werden – um Notlagen zu erkennen, Familien zu entlasten und schnelle, unbürokratische Hilfe leisten zu können.

Der bisher gewohnte Rahmen war von einem auf den anderen Tag nicht mehr gegeben. Der persönlicher Austausch, kurze Gespräche und ausgiebige Beratungssituationen mit einzelnen Schüler*innen sowie präventive Angebote fielen weg. Neue Zugangswege und Angebotsformen mussten entwickelt, ausprobiert und ständig weiterentwickelt werden. Das erwies sich häufig als ein Spagat zwischen den gesetzlichen Vorgaben, professionellen Einstellungen, persönlichen Möglichkeiten und pragmatischen Gegebenheiten.

Brücken bauen trotz sozialer Distanz

Sorgentelefone, die rund um die Uhr erreichbar waren, Besuche am Gartenzaun der Familien, kleine Päckchen mit Bastel-, Spiel- und Informationsmaterial, aber auch die Versorgung mit Mund-Nasen-Schutz-Masken für die Kinder und Hilfe im Umgang mit sowie bei der Beschaffung von digitalen Medien beschäftigte die Kolleg*innen in der ersten Zeit. Einiges konnte aus dem Homeoffice erledigt werden – Anrufe bei einzelnen Kindern, Austausch mit Lehrkräften und der Austausch im Team.

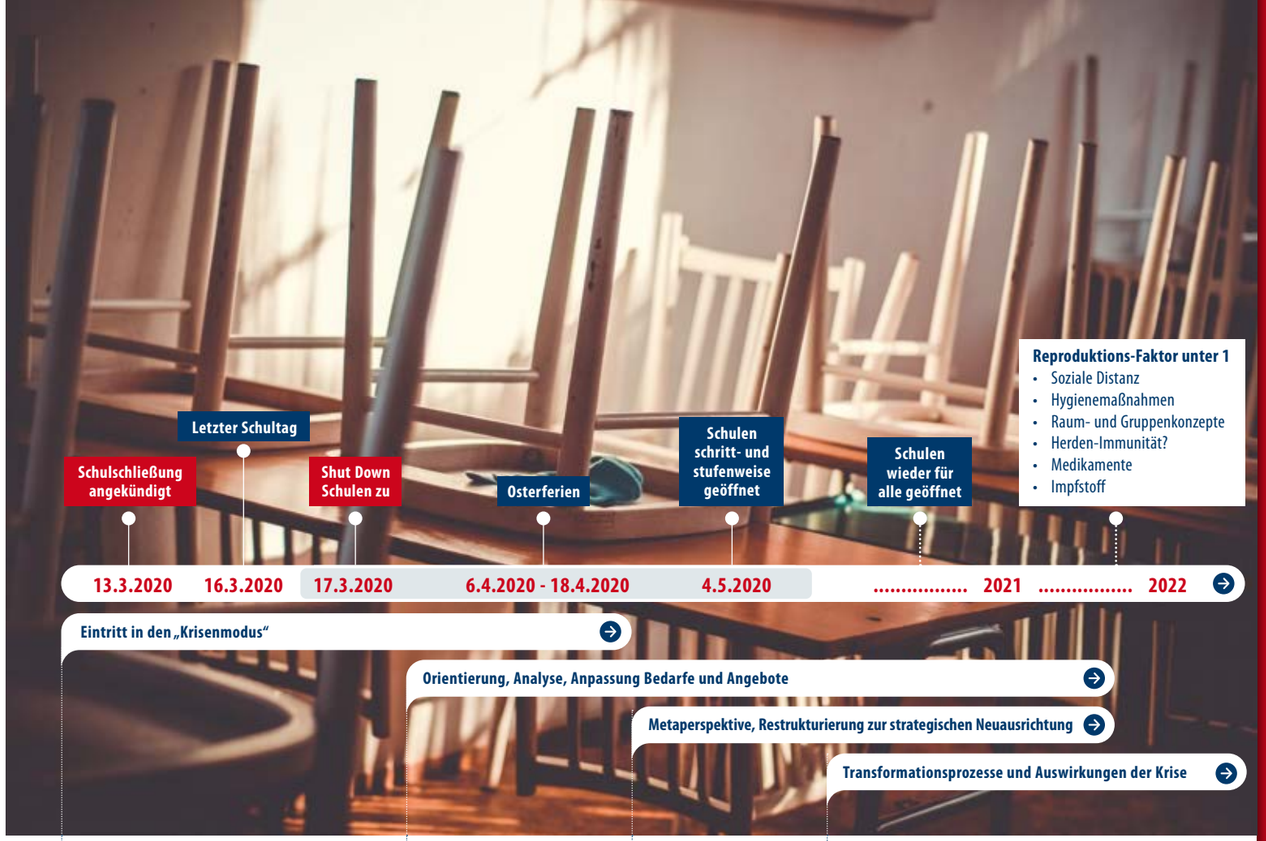
So gelang es, die Kontakte zu und zwischen den Kindern zu halten und Möglichkeiten zu bieten, Alltagserfahrungen miteinander zu teilen und ein Gemeinschaftsgefühl zu erhalten. Wichtig dafür war der direkte, aufsuchende Kontakt auch zu den Eltern, der während der ersten Monate der Schulschließung deutlich intensiviert wurde und der in vielen Fällen über die Sommerwochen positiv und nachhaltig wirkt.

Neue Formen des Miteinanders schaffen

Um in der herausfordernden Zeit dennoch weiterhin Gemeinschaft zu erleben, wurden offene, projektartige Angebote entwickelt und in ihrer Wirkung ausgewertet. Mit viel Kreativität und Fantasie wurden Angebote zur aktiven Kontaktaufnahme entwickelt, ausprobiert und bei Erfolg verbreitet. Ein tolles Beispiel: In Zusammenarbeit mit der Kollegin des von der Kinderlandstiftung Baden-Württemberg geförderten Projektes zur Förderung von Teilhabe und Chancengleichheit „Muki (Mutige Kinder)“ haben die Fachkräfte der schulbezogenen Angebote die Plattform einer Kinderzeitung genutzt, um Ammerbucher Kinder die Möglichkeit zu geben, ihre Gedanken und Bilder zu Corona auszudrücken. Das Ergebnis ist beeindruckend:
http://www.grundschule-poltringen.de/wp-content/uploads/2020/05/2.Ammerbucher-Kinderzeitung_HP.pdf.

Kooperation als Basis erfolgreicher Arbeit

Basis der Arbeit ist – und war in dieser Zeit deutlich zu spüren – die gelingende Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe. Die Ausgestaltung der schulbezogenen Angebote unter diesen besonderen Rahmenbedingungen konnte nur in einer kontinuierlichen Verständigung mit der Schulleitung, Lehrerkolleg*innen und den Betreuungsfachkräften vor Ort gelingen. Mit Blick auf das gemeinsame Ziel, „gefährdete“ Schüler*innen nicht zu übersehen, ist eine gewachsene Vertrauensbasis in der Zusammenarbeit unersetzlich. Die Investitionen und Zeit, die in den letzten Jahren in das „Tübinger BUS-Konzept“ geflossen sind, haben sich in der Krise ausgezahlt.



Sorgen der Fachkräfte ernst nehmen

Sozialpädagogische Fachkräfte sind selbst Menschen mit ihren jeweiligen Grundkonstitutionen. Während der Pandemie-Krise mussten sich die Fachkräfte mit eigenen Ängsten und Unsicherheiten beschäftigen. Sorgen um gefährdete Angehörige, die eigene Gesundheit sowie familiäre Herausforderungen im Homeoffice mit den eigenen Kindern auf dem Schoß oder die Angst vor Kurzarbeit beschäftigten viele Kolleg*innen. Diesen Sorgen immer wieder Raum zu geben, war notwendig, um die herausfordernde Arbeit unter den gegebenen Umständen professionell und mit Erfolg leisten zu können. Hilfreich waren dabei der einrichtungsinterne sowie überregionale Austausch im Einzelgespräch, im Team und mit externer Beratung. Belastungen der Fachkräfte und Herausforderungen des Kinderschutzes während der Schulschließungen müssen Beachtung finden und im Ausgleich zueinander stehen.

Armutsbelastung als zentrale Herausforderung

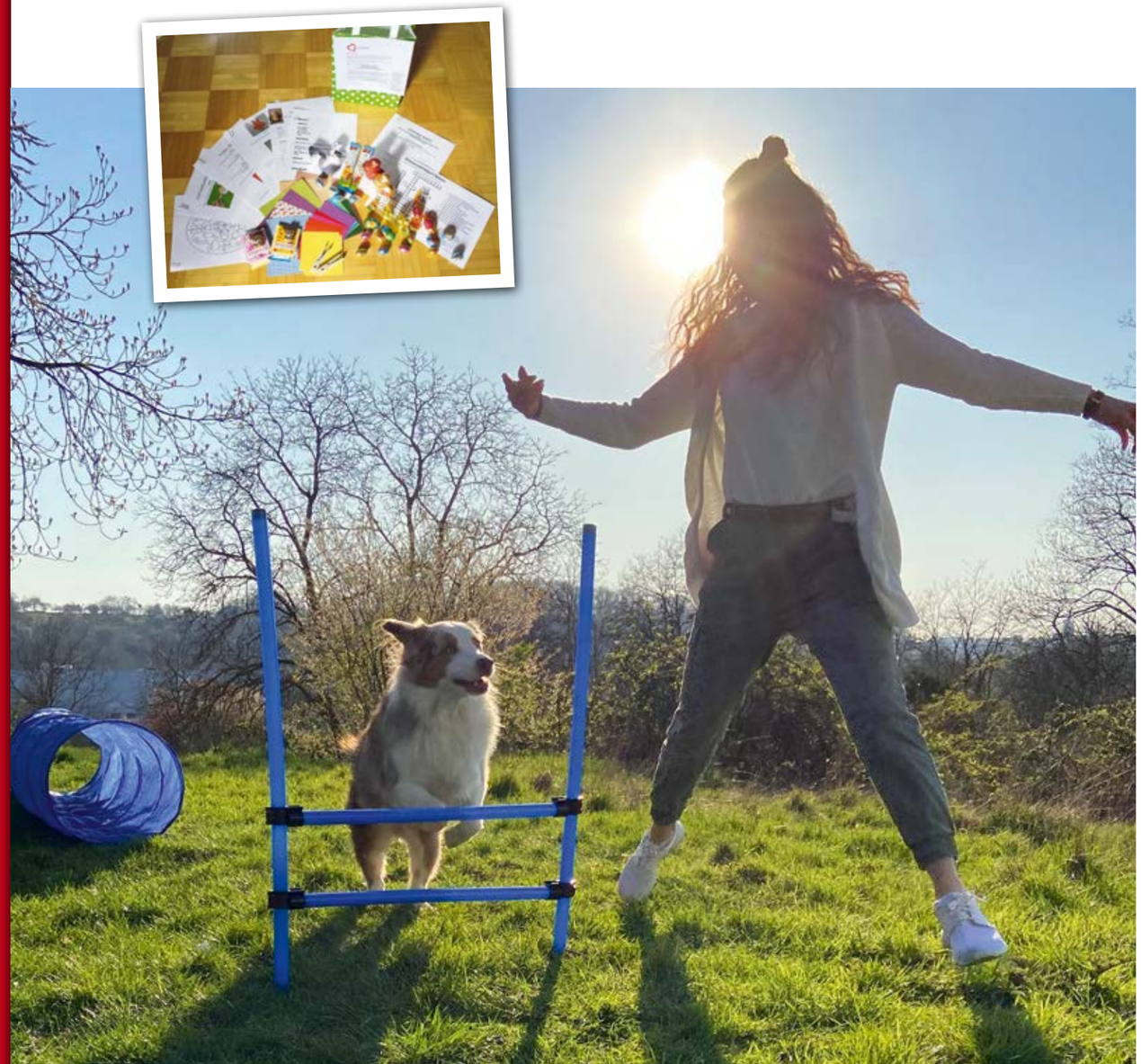
Im Brennglas der Pandemie und in der aufsuchenden Arbeit wurde deutlich, dass wir es verstärkt mit einer großen Bandbreite an – auch digitalen – Armutsbelastungen von Kindern, Jugendlichen und Familien zu tun haben. Vor allem diese Familien sahen sich in der Krise oft mit massiven Zukunftsängsten konfrontiert. Die Auswirkungen bei den Kindern und Jugendlichen: fehlende Lernmotivation und Absentismus auch im Fernunterricht. Viele Familien verfügen nicht einmal über einen Zugang zum Internet, um die digitalen Angebote zu nutzen. Aufgabe von Schulsozialarbeit wird es in Zukunft auch sein müssen, Familien diesbezüglich zu unterstützen und den Diskurs über Teilhabe und Chancengerechtigkeit voranzubringen.

» **Kontakt**
Axel Eisenbraun-Mann, Bereichsleitung
schul- und gemeinwesenbezogene Angebote
kit-jugendhilfe (ehemals Martin-Bonhoeffer-Häuser)
axel.eisenbraun-mann@kit-jugendhilfe.de
www.kit-jugendhilfe.de

DIE JETZIGE ZEIT ZUR BESTEN MACHEN

Mit viel Kreativität social-distancing überwinden

HEILBRONN Wie alle gesellschaftlichen Bereiche wurde auch das Kindersolbad vor Herausforderungen gestellt, mit denen noch niemand in der Weise konfrontiert war. Vieles musste schnell entschieden und organisiert werden und man konnte besonders zu Anfang wenig auf Hilfe anderer Institutionen und Systeme hoffen, auch wenn alle ihr Bestes gaben.



Schon früh wurden mögliche Szenarien und geeignete Maßnahmen bedacht. Der Lockdown in Baden-Württemberg mit Schulschließungen etc. kam dann doch so kurzfristig, dass es nur wenig Vorbereitungszeit gab. Schnell wurde deutlich, dass social-distancing nicht zur Arbeit der Einrichtung passt. Das Kindersolbad wollte nicht wie die Schulen einfach „schließen", sondern Wege finden, die notwendige Einschränkung persönlicher Kontakte möglichst auf andere Weise auszugleichen. Wohl dem, der kreative, engagierte und unerschrockene Mitarbeitende hat, die oft bereit sind, ihre persönliche Sicherheit hinter den Bedürfnissen der jungen Menschen anzustellen.

JuLe bringt Überraschungstüten

Für die Kinder in den JuLe-Angeboten (soziale Gruppenarbeit) und in der Erziehungsbeistandschaft (EBS) bedeutete der Lockdown von heute auf morgen keine Schule, keine Vereine, keine Treffen mit Freunden und erst mal auch keine JuLe oder EBS wie gewohnt. Es war eine besondere Herausforderung den Kontakt zu jungen Menschen und Familien zu halten. Trotzdem sollte überall „präsent" geblieben werden, wo Aspekte von Kindeswohlgefährdung eine wesentliche Rolle spielen bzw. sich solche Gefährdungslagen durch die soziale Isolierung ergeben könnten.

Es galt „Corona-taugliche" Alternativen zu schaffen. Regelmäßiger, teilweise intensiver telefonischer Kontakt mit Eltern und Kindern war selbstverständlich. Um auch persönlich in Kontakt zu bleiben, ließ sich die JuLe etwas Besonderes einfallen: Zweimal erhielten die Familien Überraschungstüten mit einem kleinen Briefchen mit der JuLe-Handynummer für Notfälle und bei Gesprächsbedarf, mit Süßigkeiten, Spiel- und Bastelideen, Anregungen für gemeinsame Aktionen, mit Rezepten, Rätseln, Bastelmaterial, Spielen, Farbstiften, Malpapier und einer kleinen „Auszeit" für die Eltern – Tee und Schokolade mit der Anleitung für eine kleine Pause, die an die Haustür gebracht wurden. Kinder und Eltern freuten sich riesig über die kleinen Besuche, die Gespräche auf Abstand und natürlich die „tollen Wundertüten"!

Nach dem Motto: „Nicht warten, bis die beste Zeit kommt, sondern die jetzige zur besten machen" hat sich die EBS den Herausforderungen gestellt. Anfangs fanden die Termine über (Video)Anruf statt. Dann gab es persönliche Termine im Freien, im frisch bepflanzten JuLe-Garten, gemeinsame Spaziergänge auch mit Regenschirm. Neuaufnahmen und Hilfeplanfortschreibungen auf Parkbänken, in Gärten der Familien, mit dem Jugendamt am Telefon und mit Masken im Gesicht waren stellenweise herausfordernd aber durchaus machbar und ermöglichten es weiterhin, an den Zielen der jungen Menschen zu arbeiten.

Das Kontrastprogramm fand sich in den Wohngruppen. Nur wenige junge Menschen konnten die Zeit des strengen Lockdowns in ihren Familien verbringen, auch aus Aspekten des Kinderschutzes. Sie blieben in der Einrichtung, ihr Bewegungsspielraum musste sehr stark eingeschränkt werden, weil aus Sicherheitsgründen keine Kontakte zwischen den Wohngruppen und keine Kontakte nach außen während der ersten Phase zugelassen wurden. Die Gruppen waren auf sich selbst zurückgeworfen und mussten sich neu organisieren.

Kontakt per Gruppenolympiade

Die Wohngruppe Delphine sah ihren Alltag ganz schön auf den Kopf gestellt. Die größte Herausforderung war das Homeschooling mit unzähligen E-Mails von Lehrer*innen und Unterricht per Videokonferenz, was sich aber recht bald eingespielt hatte. Auch wenn es den Jugendlichen oft schwerfiel, sich an die strengen Ausgangsbeschränkungen zu halten und ihre Schulaufgaben selbstständig zu organisieren, gaben alle ihr Bestes. Um die Zeit der reduzierten Kontakte für den Zusammenhalt der Gruppe zu nutzen, wurde der Dachterrasse neuer Glanz verliehen und viele Ausflüge in die Natur gemacht. Corona-Zeit bedeutet für die Gruppe Durchhalten, neue Wege gehen und gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Eine Gruppenolympiade hat geholfen, den Kontakt zwischen den Wohngruppen zu halten. Mit sehr abwechslungsreichen Aufgaben waren die jungen Menschen und die Pädagog*innen gefordert, in unterschiedlichen Konstellationen mit- und gegeneinander im Wettkampf anzutreten. Neben schönen gemeinsamen Erlebnissen als Gruppe sind z. B. Corona-Raps, Gedichte oder witzige Fotos entstanden.

Digitale Medien haben vieles erleichtert

„Corona" hat den ewigen Streit um das Ausmaß der Nutzung digitaler Medien eindeutig in Richtung Digitalisierung verschoben und das nicht nur bei den Professionellen. Diese Medien wurden intensiv genutzt, um den Kontakt der jungen Menschen zu Eltern, Familie und Freunden zu halten und um auch selbst mit den Familien in engem Austausch zu bleiben. Dennoch waren alle froh, nach und nach wieder persönliche Kontakte unter entsprechenden Hygiene- und Sicherheitsvorkehrungen in der Einrichtung und Beurlaubungen zu den Familien ermöglichen zu können.

Das Kindersolbad hofft, dass nicht noch einmal intensivere Einschränkungen notwendig werden. Falls doch, kann es auf die Erfahrungen aus der Vergangenheit zurückgreifen, um auch kommende Anforderungen zusammen mit jungen Menschen und ihren Familien gut zu bewältigen.

» **Kontakt**
Ariane Hornung-Linkenheil, Geschäftsführung
Kindersolbad gGmbH Bad Friedrichshall
ariane.hornung@kindersolbad.de, www.kindersolbad.de

DAS „WIR“ ALS ERFOLGSFAKTOR

Tübinger Modell für eine nachhaltige Finanzierung Freier Kita-Träger – auch in Corona-Zeiten

TÜBINGEN In der Stadt Tübingen ist es durch eine langjährige Zusammenarbeit aller Kita-Träger gelungen, eine nachhaltige finanzielle Perspektive für die Einrichtungen Freier Kita-Träger zu entwickeln. Wir – das ist der zentrale Begriff des Erfolgsfaktors, der die Stadt Tübingen und alle Freien Kita-Träger durch die Corona-Zeit getragen hat.

Hinweis: Das Foto wurde vor der Corona-Pandemie aufgenommen.

Das Dilemma der Kita-Finanzierung für Freie Träger

Viele Kommunen haben ein Dilemma – sie möchten so viele Kitaplätze zur Verfügung stellen, wie von Eltern benötigt. Gleichzeitig muss das auch finanzierbar sein. Der Gesetzgeber gibt ihnen die Möglichkeit, sich zur Erfüllung des Rechtsanspruchs Freie Träger ins Boot zu holen. Er gibt den Kommunen dafür ein „attraktives“ Mittel an die Hand – Freie Träger haben per Gesetz nur einen Mindestanspruch auf Finanzierung von 63 oder 68 Prozent der Betriebskosten einer Kita. Doch 63 oder 68 Prozent wovon? Die 100 Prozent-Grundlage ist leider nicht eindeutig im Gesetz geklärt. Die meisten Kommunen zahlen weit unter 100 Prozent – sie „sparen“ somit an jedem Kitaplatz in Freier Trägerschaft. Einzelnen Freien Trägern ist es mit harten Verhandlungen und viel Ausdauer gelungen, bessere Zuschüsse zu verhandeln. Aber warum muss ein Freier Träger kämpfen, um der öffentlichen Hand bei der Erfüllung des Rechtsanspruchs zu helfen?

Die Stadt Tübingen ist schlau

Tübingen unterscheidet bei der Bezuschussung zwischen großen Freien Trägern mit eigener Finanzkraft, wie Kirchen, Betriebskitas und kleinen Freien Trägern ohne eigene Finanzkraft, vor allem Elterninitiativen und gemeinnützige GmbHs. Die kleinen Freien Träger erhalten mit 95 Prozent bedarfsentsprechend mehr Geld als die Großen mit 86 Prozent Zuschussanteil. Die Stadt Tübingen hat die Ressourcen der kleinen Freien Kita-Träger schon vor vielen Jahren erkannt. Dazu haben die kleinen Freien Träger maßgeblich beigetragen, indem sie sich bereits vor 16 Jahren in einem Dachverband organisiert haben. Gemeinsames Handeln macht stark! Sie stellen in Tübingen rund 920 Betreuungsplätze zur Verfügung – ein Viertel des Tübinger Kitaangebots.

Die Stadt Tübingen war rechtzeitig schlau – schon lange vor der Corona-Krise ist sie auf das Angebot der freien Träger eingegangen und hat sich am gemeinsamen wertschätzenden und partnerschaftlichen Dialog aller Kita-Träger verlässlich beteiligt. Seit rund 20 Jahren gibt es ein Trägertreffen. Dort wird mit allen Trägern regelmäßig immer wieder Klarheit zu allen auftretenden Unklarheiten im gemeinsamen Miteinander geschaffen.

Finanzierung Freier Träger

Auf der Grundlage der Offenlegung der Betriebskosten der städtischen Kitas wurde mit hoher Transparenz eine für alle gleichermaßen gültige und auskömmliche 100 Prozent-Grundlage definiert. Alle Freien Träger bekommen mehr Zuschuss, als es die Mindestvorgaben im Sozialgesetzbuch (SGB) vorsehen. Die Zuschüsse basieren auf einer auskömmlichen Abmangelfinanzierung. Die Eltern aller Kitas zahlen Elternbeiträge nach einer gemeinsamen Elterngebührenstaffel. Die Höhe der Elternbeiträge hat keinen Einfluss auf das Gesamtbudget der Freien Träger, sondern wird durch die Zuschussberechnung ausgeglichen. Allen Trägern und dem Gemeinderat der Stadt Tübingen war es immer ein großes Anliegen, keine Konkurrenz bzgl. der Höhe der Elternbeiträge aufkommen zu lassen und die Beiträge für alle Tübinger Eltern sozial zu staffeln. So kann Vielfalt gelingen.

Die Zuschüsse setzen sich aus Pauschalen und Spitzabrechnungsbeträgen zusammen. Die Pauschalen lassen vielfältige Trägerfreiheit zu (z. B. Weiterbildung, Fachberatung, Spielmaterial). Die Spitzabrechnung (Miete und Betriebskosten) sichert den Freien Trägern die Kostendeckung. Für das Fachpersonal erkennt die Stadt die vollständigen Tarifkosten der tatsächlich Beschäftigten auf Basis eines einheitlichen Stellensolls an (inklusive Leitungszeit und hauswirtschaftlicher Stellen).

Das alles war harte gemeinsame Arbeit. Und deshalb kann man stolz auf das Tübinger Modell sein. Es gab harte Verhandlungsabende, lange Gespräch mit Gemeinderät*innen und Demonstrationen vor dem Rathaus. Die Stadt Tübingen war aufgeschlossen und hat sich weiterentwickelt. Ging Oberbürgermeister Boris Palmer vor 12 Jahren noch davon aus, dass der Eigenanteil von Freien Trägern über „Plätzchenverkauf zum Weihnachtsmarkt“ erbracht werden kann, so ist heute längst klar, dass keine gemeinnützige Organisation im Ehrenamt den fehlenden Eigenanteil an einer Finanzierung der Kita-Plätze selbst erwirtschaften kann. Auch das ist eine Auswirkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wer arbeitet, kann weniger Ehrenamt leisten.

Kurzarbeit während der Pandemie

Die Stadt hat die Freien Träger zu Beginn der Pandemielage gebeten, den städtischen Haushalt über die Einführung von Kurzarbeit zu entlasten. Die kleinen Freien Träger haben sofort zugestimmt, diesen Weg gemeinsam mit der Stadt zu gehen. Die Stadt hat das Kurzarbeitsgeld selbstverständlich aufgestockt. Auch hier wieder: Wir sind gemeinsam durch die Krise gegangen.

Das Gesetz zur Finanzierung Freier Träger in der Kinder- und Jugendhilfe bedarf dringend einer Reform. Schön, dass es die ersten Initiativen für eine Vollfinanzierung Freier Träger gibt. Damit alle Kommunen in Baden-Württemberg an ihre Freien Kita-Träger 100 Prozent Betriebskostenzuschuss geben können, brauchen sie mehr ernstgemeinte Unterstützung von Land und Bund. Wann handeln die politisch Verantwortlichen endlich?

» **Kontakt**
Ellen Noetzel, Vorstand
Dachverband der Kleinen Freien
Kita-Träger Tübingen e.V.
kontaktstelle@dachverband-tuebingen.de
www.dachverband-tuebingen.de

BETEILIGUNG ALS PRINZIP

Mütter- und Familienzentren setzen auf Vernetzung, elektronische Beratung und Bildung

Gemeinsam voneinander lernen: Die Mütter- und Familienzentren vernetzen sich verstärkt online und behalten so ihre Handlungsstärke für die Bedarfe vor Ort.

STUTTGART Die unabhängigen Mütterzentren, Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser im Land (MFZ) haben im Lockdown schnell umgeschaltet. Sie setzten ihre Arbeit und viele Angebote fort, wenn auch unter gänzlich neuen Bedingungen. Das Mütterforum Baden-Württemberg unterstützt sie mit Angeboten des partizipativen Lernens.

Bereits seit den 1980er-Jahren ist der offene Treff das Herz der Mütterzentren. Dieses niederschwellige Angebot haben viele andere Träger übernommen. In Pandemie-Zeiten sind offene Angebote mit ihren gewollten Zufallsbegegnungen jedoch nicht oder nur stark eingeschränkt möglich.

Handlungsstark durch Dialog

Auch während des Lockdowns setzten die MFZ auf den methodischen Dialog als Arbeitsform. Kontakt halten – das gelang telefonisch, per E-Mail, in Gruppen-Chats, in Videokonferenzen oder mit einem Gespräch aus dem Fenster heraus. Die Aktiven in den Zentren blieben im Gespräch mit den Familien, übernahmen weiter Verantwortung, vernetzen Hilfsangebote, fungierten als Lotsen.

„Die Mütterzentren sind Orte zur Reflexion, sie nehmen Bedarfe wie ein Seismograph wahr", weiß Andrea Laux, Gründungs- und Vorstandsfrau des Mütterforums. „Deshalb halten wir unsere Institutionen und „unseren Raum", den offenen Treff, auch in der Krise beweglich. Wir konnten loslassen, wo es sein musste. Aber auch in dieser Zeit fanden wir im Tun Lösungen für die Zukunft und ließen viel Neues entstehen."

Handlungsstark in Gemeinschaft

Noch im März vernetzte das Mütterforum als Dachverband die Mütter- und Familienzentren per Videokonferenz. Es folgten in kurzen Abständen mehr als 20 Online-Treffen von insgesamt 80 engagierten Frauen aus den MFZ. „Das Voneinander-Lernen und Teilen im Netzwerk hat die Zentren in ihrer Handlungsstärke sehr unterstützt", erklärt Jasmin Horber von der Geschäftsstelle des Mütterforums.

Offene Treffs und Gruppen wurden im Frühjahr vielerorts im virtuellen Raum weitergeführt, beispielsweise das eigene Format „Babycafé mit Gästen". Kreative Ideen wurden mit Distanz umgesetzt, Spaziergänge und Formate wie das Gespräch über den Gartenzaun entstanden. Einige Zentren öffneten bereits Ende Mai mit den Gaststätten wieder ihren offenen Treff, Zielgruppenangebote wie das Babycafé liefen im Juni oder Juli wieder in kleinen Gruppen und vorwiegend draußen an.

Handlungsstark durch Qualitätssicherung

Um einen Rahmen für die Zentren vor Ort zu setzen, hat das Mütterforum Empfehlungen und Ansätze für die Corona-Zeit herausgegeben. Zur Qualitätssicherung bietet das Mütterforum seinen Mitgliedszentren weiterhin Online-Austauschtreffen zu Themen rund um die Wiedereröffnung an. Andrea Laux betont: „Beteiligung wird im Netzwerk der Mütterzentren als Prinzip gelebt und ist uns ein politisches Anliegen – vor, in und nach der Krise."

» **Kontakt**
Jasmin Horber, Geschäftsstellenleitung
Mütterforum Baden-Württemberg e.V.
info@muetterforum.de
www.muetterforum.de

WALK-AND-TALK-ANGEBOT IM FREIEN

Kontaktbeschränkungen erhöhen Face-to-Face Beratungsbedarf bei Jugendlichen

STUTTGART Der GesundheitsLaden e.V. in Stuttgart konnte auch in Zeiten der coronabedingt starken Kontakteinschränkungen das Face-to-Face-Beratungsangebot für Jungen und Mädchen sowie deren Angehörige aufrechterhalten. In enger Abstimmung mit dem Gesundheitsamt der Stadt Stuttgart wurde ein neues Walk-and-Talk-Angebot im Freien eingeführt, die Wartezeitregelung zwischen den einzelnen Terminen verlängert und die digitale Beratung per E-Mail auf einem neuen datenschutzkonformen Online-Portal um den Videochat erweitert.

Der Verein zur geschlechtsbezogenen Gesundheitsförderung und Prävention unterhält drei Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene: Die geschlechterspezifischen Präventions- und Beratungsstellen für junge Frauen und Männer in den Bereichen Gesundheitsförderung, Sexualpädagogik, Sucht- und Gewaltprävention, MÄDCHEN*gesundheitsladen und JUNGEN* IM BLICK sowie ABAS als Anlauf- und Fachstelle für Betroffene von Essstörungen, unabhängig von Geschlecht und Alter und deren Angehörige.

Junge Menschen hatten keine Lobby

Junge Menschen haben unter den coronabedingt Kontaktbeschränkung besonders zu Gleichaltrigen sehr gelitten. Das belegt auch die aktuelle Zwischenbilanz zur Beratungstätigkeit von Jugendlichen während des Corona-Shut-Downs vom GesundheitsLaden. „Deshalb war es auch so wichtig, in enger Abstimmung mit dem Gesundheitsamt der Stadt Stuttgart ein Hygienekonzept zu entwickeln, dass eine Face-to-Face-Beratung mit Echtkontakt weiterhin ermöglicht", erläutert Dagmar Preiß, Geschäftsführerin vom GesundheitsLaden. Die Isolation im häuslichen Umfeld, Homeschooling und der Wegfall sozialer Strukturen haben bei den Klient*innen verstärkt zu Depressionen, Tic-Verhaltensstörungen und bei Jungen zur Eskalation von häuslicher Gewalt geführt. Bei jungen Menschen mit Essstörungen haben sich die Symptome aufgrund der Hilflosigkeit gegenüber den Maßnahmen in der Coronakrise und das Bedürfnis nach Körperkontrolle wieder verstärkt", so Preiß. Deshalb ist der Face-to-Face-Beratungsbedarf hier um ein Vielfaches angestiegen, auch das Gruppenangebot für Eltern und Kinder.

Die Rückkehr in ein normales Leben wird für junge Menschen nicht immer leicht. Ihre Bedürfnisse wurden bei den Corona-Maßnahmen nicht berücksichtigt und nur auf das Schülerdasein reduziert. Sie haben keine politische Lobby, kritisiert Preiß. Als Einrichtung müssen wir stärker in die Digitalisierung investieren und die Systemrelevanz der sozialen Arbeit politisch stärker verankern. „Das ist die Lehre, die wir aus der Corona-Krise ziehen", so Preiß.

» **Kontakt**
Dagmar Preiß, Geschäftsführung
GesundheitsLaden e.V.
info@gesundheitsladen-stuttgart.de
www.gesundheitsladen-stuttgart.de

WO ES ANONYM ZUGEHT, LEIDEN DIE MENSCHEN AM MEISTEN

Der RehaVerein hat viel gelernt und ist für die Zukunft gerüstet

ULM Der RehaVerein für soziale Psychiatrie ist bisher gut durch die Krise gekommen. Trotz Herausforderungen, auf die man kreative Lösungen fand. Indes sind Bereiche wie Tagesstätten wegen ihrer offenen „Komm-Struktur" schwer mit den Vorsichtsmaßnahmen einer Pandemie zu vereinbaren.

Foto: silviarita - Pixabay

„Corona hat konterkariert, was in unserer Arbeit das Wichtigste ist: Unseren Klient*innen mehr Teilhabe und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Durch den Virus gilt, sich voneinander fernzuhalten, zu isolieren, Menschen einzuschränken." Monika Balint vom RehaVerein für Soziale Psychiatrie erinnert sich an den Lockdown, den das Land Baden-Württemberg aufgrund der Pandemie ab März verordnete. Das betraf die Angebote des RehaVereins auf unterschiedliche Weise.

Extremmaßnahmen wurden nicht getroffen

In den Einrichtungen und Diensten in Ulm und Heidenheim erhalten Menschen über 18 Jahre, die an einer psychischen Erkrankung leiden, unterschiedlichste Leistungen der sozialen, medizinischen und beruflichen Rehabilitation. Darunter Betroffene mit körperlichen und seelischen Beeinträchtigten, aber auch durch Folter und Vertreibung Traumatisierte. „Unsere Klientel ist sehr breit gefächert, hat differenzierte Bedürfnisse. In Heidenheim betreuen wir 200, in Ulm über 400 Menschen – im sozialpsychiatrischen Dienst suchen mehrere 100 jährlich Rat", beschreibt Balint. „Dafür Corona-Verordnungen und Hygienevorschriften umzusetzen, war herausfordernd, zumal ständig Änderungen hereinkamen." Etwas leichter wurde es, als Team und Träger in Videokonferenzen entschieden, extreme Maßnahmen nicht für den RehaVerein zu treffen. „Wir haben keine Pflege oder Risikopatienten." Schutzausrüstung musste dennoch aufgestockt werden, was sich als nicht einfach und mitunter teuer erwies. „Ein Verbrauch ohne Ende!"

Am einfachsten gestaltete sich die Umsetzung bei den vielseitig betreuten Wohnformen. „Diese Klientel ist quasi stationär, gut zu erreichen von den Mitarbeitenden, die Schutzvorkehrungen wie Mundschutz, Hände waschen, Desinfektion und Abstand erläuterten", so Balint. Es wurde geschaut, dass immer die gleichen Betreuer zu bestimmten Wohngruppen gingen, diese voneinander getrennt ihre Freizeit verbrachten. „Um eventuelle Infektionen nachzuvollziehen, sollte die Gruppe möglichst klein bleiben."

Sich und andere nicht gefährden

In Gesprächen hätten Ängste abgefangen werden können. Viele der Bewohnenden hätten Verständnis gezeigt, einige aus Verunsicherung die Wohnung nicht verlassen. „Alle können raus, außer es besteht ein Unterbringungsbeschluss, wenn sich jemand selbst gefährdet. Für einige haben wir eingekauft oder sie zum Einkaufen begleitet." Problematischer war es bei jenen mit zusätzlicher Alkoholabhängigkeit zur psychiatrischen Diagnose. „Wir liefern keinen Alkohol, können aber nicht verhindern, dass sie selbst welchen kaufen." Also habe man verdeutlicht, dass – je nach Verhaltensweise und Folge – damit gerechnet werden muss, isoliert zu werden. „Um andere Personen und die Einrichtung nicht zu gefährden." Selbstbestimmt sein Leben gestalten bedeute auch, sich und andere nicht in Gefahr zu bringen. „Dafür braucht es einen Rahmen."

Die Strategie zahlte sich aus. „Wir haben in den Wohngruppen das Frühjahr ohne Ansteckung überstanden, es gab nur Verdachtsmomente." Im Herbst nun, in dem die Zahlen von Erkältungskrankheiten, aber auch Corona-Infektionen steigen, gab es zwei – ohne Folgen.

Begleitung und persönliche Gespräche

Im ambulanten Bereich, wo drei bis fünf Mal die Woche die Mitarbeitenden des RehaVereins die Klient*innen in deren Wohnungen besuchen, gestaltete sich das Geschehen aufwändiger. Auf Video umzustellen, war schwierig, nicht jeder hat einen Rechner oder Smartphone. Auch per Festnetz ließen sich Dinge nur oberflächlich klären. „Der so wichtige Blickkontakt fehlt, auch das Hinschauen, wie es zuhause aussieht", schildert Balint. „Im persönlichen Gespräch öffnen sich die Menschen eher. Also haben wir uns draußen getroffen, sind spazieren gegangen – mit Abstand. Das tut auch der Gesundheit gut."

Für Ältere, also Risikogruppen, im ambulanten Bereich sei man einkaufen gegangen, um niemand einer Gefährdung auszusetzen. Die Corona-Vorgaben seien wichtig gewesen, um zu schützen, betont Balint. Indes sei zu wenig berücksichtigt worden, dass es im sozialen Bereich nicht nur ums Versorgen, sondern es vor allem um Beziehungsfragen und das Begleiten gehe. „Die Spaziergänge haben sich als sehr gute Form erwiesen, die wir, wo es geht, auch im Herbst und Winter beibehalten werden. Auch das ist Teilhabe. Toll, wie unsere Mitarbeiter mitmachen." Balint lobt außerdem die Ulmer Gastronomen, die den Helfern halfen und Mittagessen kochten. Eine andere Initiative in der Donaustadt erledigte Einkäufe für die besonderen Wohnformen.

Tages- und Werkstätten hatten nichts mehr

Schwer getroffen hat es indes den dritten Bereich des RehaVereins, zu dem der sozialpsychiatrische Dienst und die Tagesstätten gehören. Letztere sind noch geschlossen. Die Tagesstätten sind für Menschen mit Psychiatrieerfahrung konzipiert, es geht um Freizeitgestaltung, Begegnung, gemeinsames Erleben und Essen. „Ein niederschwelliges Angebot mit Komm-Struktur, jeder kann auftauchen, anonym. In Corona-Zeiten ist das unmöglich, Kontakte müssen nachvollziehbar sein." Und Beratung im sozialpsychiatrischen Dienst funktioniere über das persönliche Gespräch. „Die Nutzer dieser Angebote haben am meisten gelitten. Auch die Werkstätten waren zu: Sie hatten nichts mehr." Um an diese Menschen heranzukommen, fragte man bekannte Klienten. „Wer kennt wen? Wer braucht was? Wer könnte wem Mittagessen mitnehmen?" Einzelne hätte man so erreicht, da müsse man weitermachen. Balint schaut dennoch positiv nach vorne. „Wir haben im Frühjahr viel gelernt. Unsere Quarantäne- und Hygienekonzepte funktionieren, wir sind gerüstet." *(MD)*

» **Kontakt**
Monika Balint
RehaVerein für soziale Psychiatrie Donau-Alb e.V.
Tagesstätten für Menschen mit psychischer Erkrankung
m.balint@rehaverein.de, www.rehaverein.de

DIE FAMILIEN BRAUCHEN UNS

Familienentlastung und Betreuung für Familien mit Kindern mit Behinderung

SCHWÄBISCH GMÜND Die Lebenshilfe Schwäbisch Gmünd ist Träger unterschiedlicher Angebote in der Behindertenhilfe unter anderem vom Familienunterstützenden Dienst (FUD). Dieser betreut zirka 150 Klient*innen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in jedem Alter. PARITÄTinform sprach mit Odine Gallner, Leiterin Ambulante Hilfen, über die Situation der Offenen Hilfen in Corona-Zeiten.

Frau Gallner, welche familienentlastenden Angebote bietet die Lebenshilfe Schwäbisch Gmünd für Familien mit behinderten Kindern an?

Wir bieten niederschwellige Betreuungsangebote in Gruppen- und Einzelbetreuung an. Zum Beispiel Angebote mit Übernachtung für Kinder, Betreuung nach der Schule/Kindergarten, Wochenend- und Ferienbetreuung, Einzelbetreuung und Beratung.

Wer betreut die Kinder in den familienentlastenden Diensten und in der Ferienbetreuung?

Wir haben zwei angestellte Fachkräfte mit 100 Prozent, Praktikanten und bürgerschaftlich engagierte Ferienhelfer*innen.

Was bedeuten die Angebote für die Situation, in der sich die Familien mit ihren behinderten Kindern befinden?

Wenn wir wollen, dass dieses Angebot für Familien weiter existiert, müssen wir gemeinsame Lösungen finden.

Familien mit einem Angehörigen mit Behinderung befinden sich in einer multidimensionalen Problemstellung. Ihre Kinder sind dauerhaft auf Unterstützung angewiesen und sie verselbstständigen sich in der Regel nicht wie Kinder ohne Einschränkung. Dies liegt nicht nur an der Behinderung, sondern auch an strukturellen Hindernissen, z. B. durch die exkludierte Beschulung und das Fehlen sozialer Netzwerke am Wohnort. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist erschwert, da aufgrund des Hilfebedarfs die Kinder auch in höherem Alter nicht ohne Aufsicht sein können. Die Eltern sind über Jahre stark in die Betreuung eingebunden. Deshalb sind verlässliche Angebote wichtig, sie helfen Familien im Alltag und bieten parallel soziale Kontakte für Kinder.

Können diese sehr wichtigen Unterstützungsleistungen auch in Zeiten der Corona-Pandemie stattfinden und wenn ja, wie?

In den Ferien haben wir Betreuung in Gruppen und wollen diese weiterführen. Wir arbeiten mit einem Hygiene- und Raumkonzept, schulen alle Mitarbeitenden, reduzieren die Anzahl der Teilnehmenden, teilen feste Gruppen ein, desinfizieren Oberflächen und Hände und arbeiten mit Behelfsmasken. Wir beziehen die Eltern in die Zusammenarbeit ein, um die Verantwortung gemeinsam zu tragen.

Schildern Sie doch einige Eindrücke aus der Ferienbetreuung in diesen Sommerferien...

Die Öffnung hat gezeigt, wie wichtig diese Angebote sind. Es war eine wahre Freude die Kinder im Umgang miteinander zu beobachten. Die positive Rückmeldung der Eltern, die seit Monaten wieder durchatmen oder zur Arbeit gehen konnten. Es war allerdings auch eine Zerreißprobe. In fünf Wochen hatten wir drei Verdachtsfälle mit einer Corona-Testung. Alle negativ, jedoch haben wir zwei Mal geschlossen. Das brachte alle Betroffenen an die Belastungsgrenze. Trotzdem ist es wichtig zu öffnen, weil wir lernen müssen, mit dieser Herausforderung zu leben. Die Familien brauchen uns. Die familienentlastenden Dienste stecken seit je her in einer finanziell prekären Situation. Die Pandemie verschärft das natürlich. Wenn wir wollen, dass dieses Angebot für Familien weiter existiert, müssen wir gemeinsame Lösungen finden.

» **Kontakt**
Odine Gallner, Bereichsleitung
Ambulante Hilfen
Lebenshilfe Schwäbisch Gmünd gGmbH
o.gallner@lhgmuend.de
www.lhgmuend.de

GEMEINSCHAFTSUNTERKÜNFTE SIND KEINE LERNORTE

Fehlender Kontakt und Lernmöglichkeiten haben Bildungsrückstände gravierend verschärft

STUTTGART Mangels Platz und Kontakten haben sich durch Corona die Bildungslücken bei einigen geflüchteten Kindern und Jugendlichen verstärkt.

„Vorbildlich!“ Karin Dressel, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt (AGDW) schwärmt geradezu davon, wie ihr Team den Corona-Lockdown annahm. „Für alle Sozialberater*innen war klar: Die Beratungen müssen weitergeführt werden, auch für unsere älteren Mitarbeitenden, die zur Risikogruppe gehören.“ Die AGDW betreut Flüchtlinge in Flüchtlingsunterkünften, auch Schüler*innen, übernimmt Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Derzeit kümmert sich der Verein um etwa 1.200 Geflüchtete, davon sind etwa 40 Prozent unter 18 Jahre alt.

Wie unter Kontaktbeschränkungen weitermachen?

„Etwa die Hälfte von uns – wir haben 30 Mitarbeitende auf 20 Stellen – arbeitete im Homeoffice. Die anderen blieben in der Stuttgarter Geschäftsstelle. Ab 15. März gab es keinen Besucherverkehr mehr.“ Die Telefone liefen heiß. „Vor allem anfangs mit den sich ständig ändernden Verordnungen nahm die Arbeit deutlich zu“, so Dressel. Von den Ämtern kamen viele Aufgaben, etwa zu Corona-Prävention in den Unterkünften. Da ging es um Statistiken und Belegungen, aber auch um die Arbeit vor Ort. „Die war viel wichtiger.“ Manche Lehrer baten sie gar, Aufgaben für ihre Schüler auszudrucken und in die Flüchtlingsunterkünfte zu tragen. „Das war nicht zu leisten. In unserer größten Unterkunft sind 50 Kinder!“

Während man innerhalb der AGDW auch per Video konferierte, war das mit den Unterkünften kaum möglich. „Der persönliche Kontakt mit Dolmetscher, Händen, Füßen, Gesten und Blicken ist durch nichts zu ersetzen“, so Dressel. Ihre Mitarbeitenden seien sehr kreativ gewesen, um coronakonform für Geflüchtete da zu sein. „Da wurde durch das gekippte Fenster gesprochen, Sprechstunden am offenen Fenster gehalten, mit Abstand draußen auf Grünflächen.“ Die Bewohner*innen hätten die Hygieneregeln eingehalten, seien eher ängstlich anderen gegenüber gewesen. „Die Vorgaben durchzusetzen war unproblematisch. Ein Problem ist die Enge, fehlende Isolationsmöglichkeiten für Infizierte.“ Die Stadt könne aber Schutzunterkünfte wieder aufmachen, betreut von Fachpersonal.

Schwere Folgen für den schulischen Werdegang

Es sei deutlich geworden, wie die Pandemie benachteiligte Kinder und Jugendliche noch mehr benachteilige. Nicht nur, dass draußen die Spielplätze gesperrt waren. Homeschooling? Kaum machbar. „Bei 4,5 beziehungsweise sieben Quadratmetern pro Person, fehlenden Lern- und Spielmöglichkeiten in der Familie ist es schwer, Schularbeiten zu machen.“ Bestehende Bildungsrückstände hätten sich bei vielen Kindern und Jugendlichen verschärft, weil es keinen persönlichen Kontakt mehr zu deutschen Muttersprachlern – Kindern, Erziehenden, Lehrenden oder Ehrenamtlichen – gab. „Wenn diese Bildungsrückstände nicht ausgeglichen werden können, wird es gravierende Folgen für den schulischen Werdegang der Kinder haben“, so Dressel. Als Sprecherin der LIGA, Fachausschuss Migration für die AG Flüchtlinge, formulierte sie das in einem Brief an Stuttgarts Sozialbürgermeisterin Alexandra Sußmann und Bildungsbürgermeisterin Isabel Fezer. Die Ausschussmitglieder fordern eine großflächige und regelmäßige Testung aller Unterkunftsbewohner*innen sowie einen Internetzugang.

(MD)

» **Kontakt**
Karin Dressel, Geschäftsführerin
Arbeitsgemeinschaft
Dritte Welt e.V. (AGDW)
karin.dressel@agdw.de
www.agdw.de

CORONA

EIN ANLASS ZUM QUERDENKEN

Beim Hackathon CAREhacktCORONA beteiligten sich 50 soziale Problemsteller und 300 Problemlöser

STUTTGART Beim ersten Hackathon für die Sozialwirtschaft CAREhacktCORONA beteiligten sich 50 soziale Problemsteller und fast 300 Problemlöser aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Innerhalb von 24 Stunden wurden in virtuellen Teams 21 Lösungen erarbeitet, von denen elf von Projekt-Paten mit Knowhow oder finanziell in der Umsetzung unterstützt werden. Beispielhaft stellen wir hier zwei davon vor.

Das intelligente Pflegeheim

Markus Kaufmann vom Deutschen Roten Kreuz stellt die Challenge „Bürokratielast im Pflegeheim“: Das Pflegeversicherungsgesetz hat über 170 Paragrafen, zusätzlich muss noch über ein Dutzend weiterer Rechtsnormen beachtet werden. Die unterschiedlichen Prüfungen führen regelmäßig zu einer Zunahme der Listen oder Nachweisjournalen, die größtenteils von Pflegekräften zu führen und intern zu kontrollieren sind. Die „Corona-Krise“ fördert die Dimension des Problems noch deutlicher zu Tage.

Team

Beim Hackathon haben sich Dr. Luca Toldo, hauptberuflich bei SAP, Europas führender Hersteller von Unternehmenssoftware, der auch innovative Lösungen für das Gesundheitswesen anbietet, und der Challenger zusammengefunden. Zwischenzeitlich wurde die Projektgruppe um zwei weitere Personen DRK-Landesgeschäftsstelle und ein Team des DRK-Kreisverbands Aalen erweitert.

Hackathon

Im Laufe der Nacht kristallisierte sich der Lösungsansatz heraus, möglichst viele Dokumentationspflichten in einer impuls- und sensorikbasierten Datenbank zu automatisieren, die jederzeit ein Nachweisjournal ausgeben kann. Dies soll auch die Haustechnik und Hauswirtschaft einbeziehen, etwa Kühl- und Speiseausgabetemperatur. Die Arbeit wird vereinfacht, Fehlerquellen reduziert und die Abwesenheit einzelner Personen bei Prüfungen ist weniger problematisch.

> *„Ich hätte nie gedacht, dass wir mit dem Projekt so weit kommen.“*
>
> Markus Kaufmann,
> DRK Landesverband Baden-Württemberg

Was seitdem geschah

Von der „intelligenten Fabrik“ leitet das Team den Projektnamen „Intelligentes Pflegeheim“ ab. Denn was in der Wirtschaft schon längst Wirklichkeit ist, könnte auch in der Pflege möglich sein. Messwerte können automatisiert der Dokumentation zugeordnet werden. Genauso sollen die einzelnen Pflege- und Betreuungsleistungen mit einem Klick erfasst werden können.

Nächste Schritte

Im Zuge eines Design-Thinking-Workshops bei SAP im Herbst wird an einem Pretotyp gearbeitet, also einer sehr vereinfachten Variante des Produkts, anhand dessen die Machbarkeit belegt wird. Auch Grenzen gilt es auszuloten: Welche Vorgänge oder Werte sind automatisierbar und bringen einen zeitlichen Gewinn, der dann wieder der persönlichen Zuwendung zugeschlagen werden kann? Markus Kaufmann beschreibt erste Schritte des Pretotyping sehr anschaulich: „Wir haben eine einfache Handy-App entwickelt, mit der sich die Messungen eines digitalen Thermometers mit dem Barcode eines Buches verknüpfen lassen. Das könnte auch die Kennung einer Patientenakte sein.“

Im Zeitalter des „Internet of things“ ist das gar kein Hexenwerk mehr. Allerdings sollen nur sinnvolle und ethisch vertretbare Daten erfasst werden und es gilt, diese effektiv zu schützen. Dann erst kann sich das Projekt auf den Weg zur behördlichen Anerkennung machen.

> *„Für das DRK ist das Projekt ein zusätzliches Lernfeld. Wir nehmen uns die Zeit dafür. Corona ein Anlass zum Querdenken.“*
>
> Markus Kaufmann,
> DRK Landesverband Baden-Württemberg

Fliegt: Ruby Ballon

Die schlechte Erreichbarkeit von Kindern in der Familienhilfe ist noch immer ein großes Problem. Zunächst war die Idee, eine Spiele-App für betreute Kinder zu entwickeln. Schnell wurde aber klar, dass man mit pädagogischem Ansatz über das Spiel nah am Kind bleiben kann.

Team

Zwei Expertinnen der Familienhilfe und ein Programmierer haben sich bis heute noch nie live gesehen, aber sehr unkompliziert zueinander gefunden und treffen sich wöchentlich einmal nach Feierabend. Inzwischen sind Spieleentwickler, Gründungsexperten und Datenschützer flankierend dazugekommen.

Hackathon

Die erste Idee war schnell geboren, wohl auch, weil das Team so überschaubar war. Das Pitch-Video wurde buchstäblich in der letzten Sekunde fertig, hat aber u.a. auch die Projektpaten überzeugt.

> *„Ich habe unser kleines Team als sehr wertvoll und schlagkräftig empfunden, denn die Kommunikation war sehr schnell und direkt.“*
>
> Sabrina Langenohl, Geschäftsführerin
> eines freien Trägers der Kinder- und Jugendhilfe

Was seitdem geschah

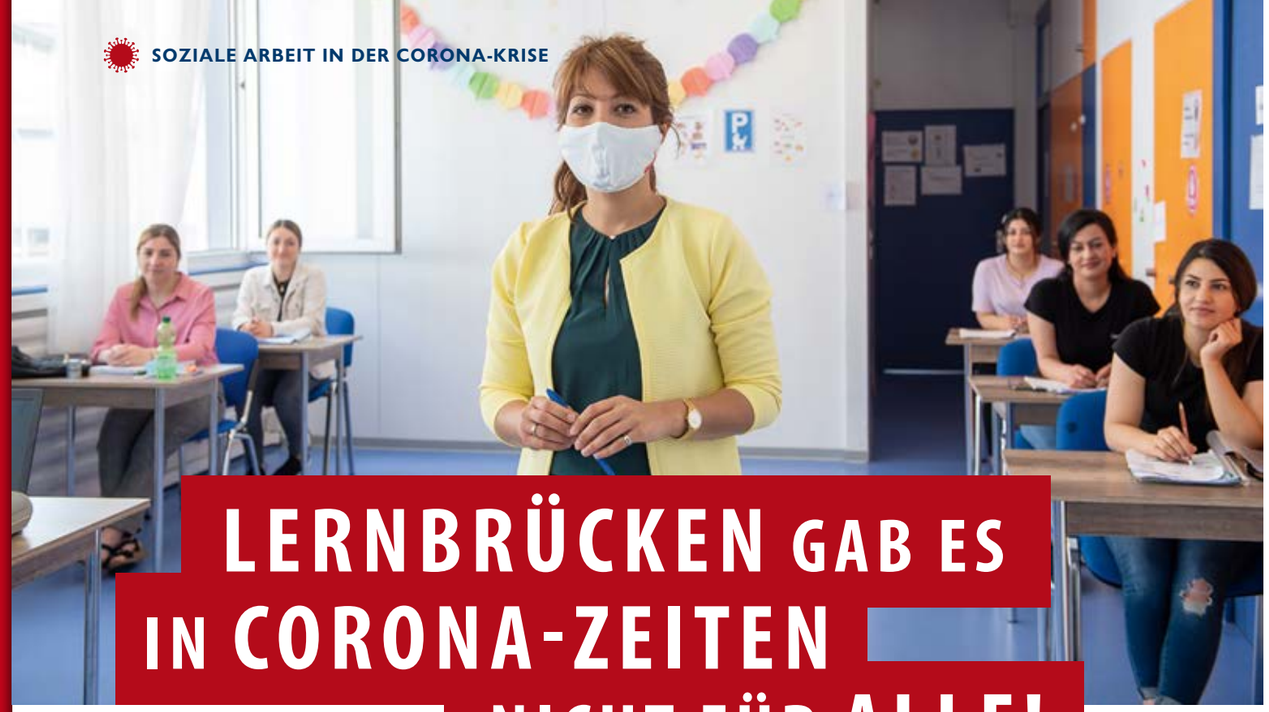
Matthias Kammermeyer, der auch den Coworking Space der evangelischen Kirche in Stuttgart betreut, hat viele wertvolle Kontakte herstellen können. Vom Preisgeld der BW-Stiftung konnten Spieleentwickler beauftragt werden, einen Prototypen zu entwickeln. Markus Besch vom Social Impact Lab Stuttgart berät bezüglich des Business-Plans. Es gibt bereits eine Webseite www.rubyballon.de, auf www.betterplace.org werden Spenden gesammelt und Jugendhilfeträger können als Sponsoren einzelner Spiele auftreten.

Nächste Schritte

Der Datenschutz ist ein wichtiges Thema. Tests bei größeren Trägern werden geplant und weitere finanzielle Unterstützung wird unumgänglich sein. Die Hürden auf Benutzerseite – also in den Familien – sind weniger hoch als auf Betreuerseite – manche Familienhelfer verfügen nicht über ein dienstliches Handy. Für Tests werden Träger gesucht, die vor allem im ambulanten Bereich spezialisiert sind.

> *„Wir arbeiten an einem Spiel mit sozialpädagogischem Mehrwert, das erste Annahmen zum emotionalen und kognitiven Zustand eines Kindes erlaubt.“*
>
> Lisa Strasser,
> Sozial- und Berufspädagogin

» **Kontakt**
Katrin Joret, Stabsstelle Marketing
Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg
joret@paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de



LERNBRÜCKEN GAB ES IN CORONA-ZEITEN NICHT FÜR ALLE!

Das Familienzentrum Au kümmert sich um Migrantinnen und ihre Kinder

PFORZHEIM Im Familienzentrum Au in Pforzheim finden Deutsch- und Integrationskurse statt – auch in „normalen Zeiten“ nie ein „Normalprogramm“. Mitte März wurden alle Deutschkurse für Migrantinnen gestoppt. Es sind elf Kurse für Teilnehmerinnen, die Familie haben und somit kleine Kinder während der Kurszeiten zu betreuen sind; wo zu Hause in engen Wohnungen für die Mütter kein ruhiger Platz zum Lernen vorhanden ist und die Kurszeiten in den Schulbeginn der Kinder und die Mittagessenszeit der Familie eingepasst sind. Eine Schulzeit, wie Kinder sie haben, kennen die Frauen selbst nicht. Sie stammen überwiegend aus ländlichen Gebieten im Irak, in denen schulisches Lernen für sie meist unerreichbar war.

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, den Sprach- und Integrationskurs für die Frauen als Online-Unterricht fortzuführen. Im Rahmen des Integrationskurses wird vom BAMF eine geeignete Lernplattform der VHS zur Nutzung angeboten. Doch viele Teilnehmerinnen hatten große Probleme bei der technischen Umsetzung oder es fehlten die technischen Voraussetzungen. In Folge von Kita- und Schulschließungen waren alle Kinder zu Hause. Die Schulkinder mit Aufgaben von den Schulen, die im Homeschooling bearbeitet werden sollten, während auch die jüngeren Geschwister beschäftigt sein wollten. Dennoch konnten 40 Teilnehmerinnen für den Online-Kurs gewonnen werden.

Anpassung an die Lebenswelt

Im persönlichen Kontakt oder am Telefon und mit Hilfe von Sprachmittlerinnen wurden die familiäre Situation sowie die technischen Voraussetzungen besprochen. Die Mitarbeiterinnen führten die Teilnehmerinnen durch die jeweilige App, erklärten die Anmeldung und die Funktionen. Die Frauen wurden ermutigt, sich Zeit für Unterricht und Lernen zu nehmen. Die Unterrichtszeiten des Video-Unterrichts wurden an den Tagesrhythmus der Familien angepasst. Manchmal wurden zwei Gruppen gebildet, je nachdem, wann wessen Kinder Mittagsschlaf hielten.

Virtuelles Klassenzimmer

Lernmethoden, die im traditionellen (analogen) Klassenzimmer genutzt werden, so der Einsatz von Spielen wie Memory, Karten- und Rollenspiele in unterschiedlichen Sozial- und Arbeitsformen (Gruppen-, Partner-, Einzelarbeit), konnten nicht stattfinden. Dennoch ist es für das Lernen erforderlich, durch die Anregung unterschiedlicher Lernkanäle die Möglichkeit zu schaffen, den Lernstoff effizient und nachhaltig erwerben zu können.

Auch im virtuellen Klassenzimmer können sich die Teilnehmerinnen untereinander austauschen. Die Zoomplattform „breakout sessions“ ermöglicht es, eine Aufgabe gemeinsam zu lösen, sich über ein bestimmtes Thema auszutauschen oder die gelernten Redewendungen zusammen zu wiederholen. Die Lehrkraft kann dieser Funktion beitreten und sich mit den Teilnehmerinnen unterhalten. Sie hat so genügend Freiraum, um binnendifferenziert zu arbeiten, da jeder virtuelle Raum an die Kompetenzen der Teilnehmenden angepasst werden kann.

Bild oben: Kursleiterin Farinaz Kiefer beim ersten Termin Präsenzunterricht nach der Zeit des Online-Unterrichtens.

Reale Distanz überwinden

Die reale Distanz stellte alle Beteiligten vor eine große Aufgabe. Vor der Fortsetzung des Sprachunterrichts steht die Entwicklung der digitalen Kompetenzen – sobald die technische Seite der Anforderungen erfüllt ist. Den meisten Teilnehmerinnen steht weder ein Notebook noch PC zur Verfügung. Das Online-Angebot wird ausschließlich mit den Smartphones genutzt. Das kleine Display erfordert, dass die Präsentation beim „screen sharing“ größer eingestellt sein muss. Für diese und andere Anfangsschwierigkeiten sollte in den ersten Stunden eine Sprachmittlerin im virtuellen Raum mit anwesend sein.

Die Corona-Zeit steht für aufwändige Organisation und höhere Kosten, aber auch für mehr Achtsamkeit und neue Erfahrungen. Nach und nach starten die Sprachkurse wieder als Präsenzunterricht. Nun wird beides genutzt: der reale und der virtuelle Raum.

» **Kontakt**
Doris Winter, Geschäftsführung
Trägerkreis Familienzentrum Au e.V. Pforzheim
winter@familienzentrum-au.de
www.familienzentrum-au.de

HOMESCHOOLING FÜR SCHULKINDER AUS MIGRANTENFAMILIEN?

Im April wurde eine Telefonumfrage unter den Schulkindern der Familien gestartet. 47 Prozent der Kinder konnten in der Familie keinerlei Hilfe bei den Aufgabenpaketen für die Schule erwarten, da die Eltern über geringe Deutschkenntnisse verfügen. 41 Prozent erhielten Unterstützung von ihren Geschwistern. Nur 12 Prozent konnten die Hilfe der Eltern in Anspruch nehmen und nur diese Kinder hatten mehr als 80 Prozent der Aufgaben gelöst. Alle anderen Kinder schafften nur zwischen 40 und 80 Prozent nach eigenen Angaben. Tatsächlich war es weit weniger, wie sich später zeigen sollte.

Außerschulische Betreuung

Während des Lockdowns wurde eine 1:1 Betreuung für die Aufgabenpakete angeboten. Kinder (nur Geschwisterkinder gemeinsam) und Betreuer mit Mund-Nasen-Schutz, dazu eine Plexiglasscheibe und ein 1,5 m langer Zeigestab nach dem Hygienekonzept. Einige Betreuungen erfolgten auf Distanz mit dem Smartphone. Die Kinder kamen täglich im 1-Stunden-Takt ins Familienzentrum. Die Eltern waren erleichtert, die Kinder freuten sich und kaum eine/r versäumte seinen Termin.

In der Krise entwickelte sich eine neue Qualität in der Beziehung von Kindern und Betreuern. Nie war die Lernmotivation der Kinder so hoch. Das blieb, als ab Juli aus Einzelbetreuung Kleingruppenbetreuung wurde. In der ersten Sommerferienwoche gab es eine Mischung aus Freizeit und Lernzeit. In den letzten beiden Ferienwochen sind die Kinder wieder da. Das Land hat 13 Millionen Euro für „Lernbrücken“ bereitgestellt, die von den Schulen angeboten werden. Jedoch Migrantenkinder haben da keinen Platz: „Migrantenkinder mit diesen Defiziten können wir bei einer Gruppengröße von 20 Schülern nicht aufnehmen“, hieß es dazu seitens der Schule.

1:1 Betreuung für Geschwisterkinder mit Mund-Nasen-Schutz und Plexiglasscheibe.

Frank Wolfangel, Leiter Kinder- und Jugendbereich im Familienzentrum, bei der Aufgabenbetreuung der Schulkinder.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG IN ZEITEN VON CORONA

Die COVID-19-Pandemie stellt keine Rechtfertigung für einen Komplettausfall dar

STUTTGART Mit dem Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht (Covid19-G) hat der Gesetzgeber für einen Übergangszeitraum bis zum 31. Dezember 2020 die Möglichkeit geschaffen, virtuelle Mitgliederversammlungen ohne Satzungsgrundlage und ohne Zustimmung sämtlicher Mitglieder durchzuführen. Zusätzlich wird durch § 5 Abs. 2 Nr. 2 möglich, dass einzelne Mitglieder ihre Stimmen im Vorfeld einer (virtuellen oder physischen) Versammlung schriftlich (d.h. per Fax und Brief, aber nicht E-Mails) abgeben. Auch wurden Erleichterungen durch die Beschlussfassung im schriftlichen Umlaufverfahren vorgesehen (§ 5 Abs. 3 Covid19-G). Dafür ist die Textform (E-Mail) ausreichend. Es müssen alle Mitglieder an der Beschlussfassung beteiligt werden und mindestens die Hälfte der Mitglieder an der Abstimmung teilnehmen.

Zum Abhalten einer virtuellen Versammlung kommen moderne Kommunikationsmittel wie Chat-Rooms in Betracht. In diesen können digitale Diskussionen zu den Beschlussgegenständen stattfinden. Für die ordnungsgemäße Einberufung ist erforderlich, dass den Mitgliedern alle erforderlichen Zugangs- oder Einwahldaten samt Passwort rechtzeitig mitgeteilt werden. Ferner ist darauf zu achten, dass der Empfang im Versammlungszeitraum uneingeschränkt und ohne Unterbrechungen in Ton und ggf. Bild gegeben ist. Es muss sichergestellt sein, dass nur Mitglieder mit Stimmrechten teilnehmen und nur solche ihr Rede- und Stimmrecht ausüben können. Die Zugangsdaten zu dem Chatroom müssen so zugestellt werden, dass ein Missbrauch ausgeschlossen werden kann, etwa durch ein spezielles PIN/TAN-Authentifizierungsverfahren. Sichergestellt sein muss auch, dass die Stimmabgabe nur einmal möglich ist. Denkbar wäre zum Beispiel, dass für die Stimmabgabe eine zusätzliche Authentifizierung erfolgt, etwa in Form eines Codes, der nur einmal benutzt werden kann – analog den Transaktionsnummern beim Online-Banking.

Es gibt aber auch Vereine, die das Durchführen einer virtuellen oder hypriden Mitgliederversammlung vermeiden wollen, einerseits wegen der pandemiebedingten Gesundheitsrisiken anderseits, weil die Einbindung der virtuell teilnehmenden Mitglieder immer schwieriger ist als bei einer analogen Teilnahme. Es stellt sich dann die Frage nach einer Verschiebung der Mitgliederversammlung.

Verschiebung der Mitgliederversammlung

Es gibt keine explizite gesetzliche Grundlage für eine Verschiebung der Mitgliederversammlung. Grundsätzlich ist das Einberufungsorgan (Vorstand) befugt, sie zu verschieben, wenn es dafür wichtige und dringende Gründe gibt. Der dringende Grund ist ein unbestimmter Rechtsbegriff und muss ausgelegt werden. Wichtige und dringende Gründe sind beispielsweise die Fürsorge- und Schutzpflichten des Vereins gegenüber seinen Mitgliedern. Der Vorstand hat eine Abwägung zwischen planmäßiger Durchführung und Verschiebung der Mitgliederversammlung zum Schutze der Gesundheit der Mitglieder vorzunehmen. Die Abwägungs- und Entscheidungsgründe sind zu dokumentieren.

Die erschwerte Abhaltung oder Unmöglichkeit von Präsenzversammlungen während der COVID-19-Pandemie stellt keine Rechtfertigung für einen Komplettausfall dar. Denn der Gesetzgeber hat in § 5 Abs. 2 Covid19-G die Möglichkeit geschaffen, virtuelle Mitgliederversammlungen durchzuführen und die Beschlussfassung im schriftlichen Umlaufverfahren vorgesehen (§ 5 Abs. 3 Covid19-G).

Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg unter https://paritaet-bw.de/leistungen-services/fachinformationen/gesetzliche-erleichterungen-fuer-die-durchfuehrung-von-mitgliederversammlungen-zeiten-von-corona und https://paritaet-bw.de/leistungen-services/faq/vereinsrecht/virtuelle-mitgliederversammlung.

» **Kontakt**
Dr. Steffi Hunnius, Rechtsanwältin
Servicebereich Recht
Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg
hunnius@paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de

WIE DER VORSTANDSWECHSEL IM VEREIN GELINGT

Neue Arbeitshilfe des Bereichs Bürgerschaftliches Engagement

STUTTGART In Baden-Württemberg gibt es über 84.000 Vereine, Tendenz weiterhin steigend. Deren Arbeit, insbesondere die der Vorstände, basiert in ganz wesentlichem Umfang auf freiwilligem, ehrenamtlichem Engagement. Trotz der hohen Zahl der Vereinsmitglieder lassen sich oft nur schwierig Nachfolger*innen für die Vorstandsarbeit gewinnen. Nahezu jeder zweite Verein klagt über Schwierigkeiten bei der Suche nach neuen Personen für die Übernahme von Vorstandsfunktionen. Das ist auch in vielen Trägervereinen paritätischer Mitgliedsorganisationen nicht anders.

Die Ursachen für Probleme beim Führungswechsel und Finden geeigneter Nachfolger*innen in Vereinen sind vielfältig:

- Die Arbeitswelt verändert sich, was zu knappen zeitlichen Ressourcen bei potenziellen Vorständen führt.
- Die Anforderungen an die Vorstandstätigkeit seitens des Gesetzgebers sind gestiegen. Der Mehraufwand kann davon abhalten, ein Amt zu übernehmen.
- Die Strukturen in Vereinsvorständen sind teils überholt und werden einer zeitgemäßen Vorstands- und Führungsarbeit nicht mehr gerecht.
- In der Öffentlichkeit hat Vorstandsarbeit mitunter ein schlechtes Image und erhält zum Teil wenig Anerkennung und Wertschätzung.

Zur Lösung diesbezüglicher Problemkonstellationen hat die Arbeitsgruppe „Generationenwechsel“[1] in der Landesgeschäftsstelle die Aufgabe in die Hand genommen, eine ursprünglich vom PARITÄTISCHEN Nordrhein-Westfalen zusammengestellte Arbeitshilfe zur Vorstandswechselproblematik zu überarbeiten und an die Verhältnisse in Baden-Württemberg anzupassen. Seit kurzem ist die mit Mitteln der GlücksSpirale geförderte Arbeitshilfe fertiggestellt.

Mehr als nur eine Stabsübergabe

Die Broschüre will Verantwortlichen in Vereinen eine Orientierung geben, was alles bedacht sein und in die Wege geleitet werden sollte, wenn ein Wechsel im Leitungsgremium des Vereins ansteht und einzelne oder alle Positionen neu besetzt werden müssen. Denn: Der Wechsel im Vorstand ist mehr als nur eine „Stabsübergabe“. Er ist als ein Gesamtprozess in mehreren Schritten zu sehen, die systematisch nacheinander anzugehen sind: das Suchen und Finden, die Auswahl und Entscheidung sowie die Einarbeitung und Integration der neuen Vorstandsmitglieder. Des Weiteren wird angeregt, Antworten zu finden, wie Vereine im Lichte ihrer Mitglieder und der Öffentlichkeit aufgestellt sein sollten, um für neue Aktive im Verein allgemein und in (ehrenamtlichen) Führungspositionen im Besonderen interessant und attraktiv zu sein.

Die Inhalte und Anregungen der Arbeitshilfe sind nicht nur für den Vorstandswechsel bedeutsam. Sie unterstützen bereits bei der ordentlichen Geschäftsführung eines Vereins. Dies gilt insbesondere für das in den Kapiteln „Das Profil schärfen“, „Qualität sichern“ und „Fit für die Nachfolge“ zusammengestellte Know-how. Zahlreiche Tipps und Checklisten, wie der Vorstandswechsel gelingt, vervollständigen die Zusammenstellung.

» **Weitere Informationen und Bezug**
servicepool@paritaet-bw.de
oder zum Download unter
www.paritaet-bw.de/node/12865

1 Ralf Baumgart (1. Arbeitsphase), Dr. Hermann Frank, Andrea Gerth, Dr. Steffi Hunnius, Beatrice Schüll, Bettina Schweizer, Regina Steinkemper.

1,3 MILLIONEN SCHUTZMASKEN FÜR SOZIALE EINRICHTUNGEN

STUTTGART Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg hat von der BASF eine Spende von 1,3 Millionen Mund-Nasen-Schutz-Masken erhalten. Sie werden an die über 870 sozialen Organisationen verteilt, die dem Dachverband angehören. Bisher haben landesweit zirka 400 Mitgliedsorganisationen einen Bedarf angemeldet.

„Wir sind froh, mit der großzügigen Spende vor allem Mitarbeitende der Beratungsstellen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Frauenhäuser, Flüchtlingsunterkünfte, KiTas und Familienzentren ausstatten zu können", betonte Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg, bei der Übergabe. „Diesen Trägern entstehen durch die Anschaffung coronabedingter Schutzmaßnahmen erhebliche Mehrkosten, die weitestgehend nicht refinanziert sind. Hier ist das Land in der Pflicht, für eine nachhaltige Finanzierung und Beschaffung zu sorgen, so Wolfgramm. Vor dem Hintergrund steigender Infektionszahlen sei ein hoher Gesundheitsschutz für Mitarbeitende und Klient*innen in sozialen Organisationen weiterhin erforderlich.

Wie wichtig das persönliche Gespräch für eine vertrauensbildende Beziehungsarbeit in der Beratung von Hilfebedürftigen, die sich in einer Notlage befinden, ist, erklärt Sozialarbeiterin, Sabine Kubinski von PräventSozial, die zu den ersten Empfängern zählte. „Die Maskenspende der BASF ermöglicht uns, unter strenger Einhaltung der Hygiene- und Kontaktvorschriften den Face-to-Face-Kontakt zu unseren Klient*innen aufrechtzuerhalten und betreute Hilfebedürfte regelmäßig mit neuen, hygienisch-sauberen MNS-Masken zu versorgen", so Kubinski.

KINDERSCHUTZBUND UND PARITÄTISCHER STARTEN LANDESWEITE CORONA-DANKESCHÖN-AKTION FÜR KINDER

STUTTGART Zum Weltkindertag (20.09.) machten der Deutsche Kinderschutzbund Baden-Württemberg und der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg mit einer Corona-Dankeschön-Aktion auf die besondere Lage der Kinder in der Corona-Pandemie aufmerksam. Die Verbände fordern eine Politik, die stärker am Wohl der Kinder und Familien sowie deren Bedarfen ausgerichtet ist. Rund 28.000 Kita- und Grundschulkinder im Land bekommen von den beiden Verbänden in den nächsten Wochen eine Postkarte und ein Freundschaftsarmbändchen mit dem Slogan „Kinder – mit Abstand die Besten!" geschenkt.

„Wir möchten allen Kindern einfach Danke sagen fürs Durchhalten, Verzichten, Rücksicht nehmen. Besonders Kinder erleben die coronabedingten Regelungen als massiv einschränkend und können sie auch teils nicht begreifen", betonte Julia Wahnschaffe, Geschäftsführerin des Kinderschutzbundes. „Uns ist wichtig, aus den bisherigen Erfahrungen mit der Corona-Krise zu lernen und für das weitere Leben mit der Pandemie bei allen Entscheidungen die Perspektive der Kinder noch mehr mitzudenken", so Wahnschaffe weiter.

„Viele Kinder haben durch die Corona-Pandemie massive Einschnitte erfahren. Mit der Schließung von Schulen und Kindertageseinrichtungen sowie der Sperrung von Spiel- und Sportplätzen waren gemeinsames Spielen und Treffen mit Freund*innen nicht mehr möglich. Das war auch für die Eltern eine große Herausforderung", sagte Feray Şahin, Bereichsleiterin Kinder, Familie und Migration beim PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg. „Kinder brauchen Kinder! Und Kinder brauchen entspannte Eltern, die sowohl Zeit für ihre beruflichen Verpflichtungen als auch für ihre Familie haben. Wir fordern eine Politik, die stärker an den Bedarfen der Kinder und Familien ausgerichtet ist. Einen zweiten Lockdown für Kitas darf es nicht mehr geben."

» **Weitere Infos**
www.kinderschutzbund-bw.de

AUFSICHTSRAT TAGT DIGITAL

Maßnahmen während der Corona-Pandemie und Gremienwahlen im Fokus

STUTTGART Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen. Diesen Leitgedanken nahmen sich auch die Aufsichtsrät*innen zu Herzen und führten im März eine Sitzung als Videokonferenz durch. Die eigentlich geplante Klausurtagung wurde abgesagt.

Vom Frühjahr bis in den Sommer hinein tagte der Aufsichtsrat digital. Und bewies so, dass nicht nur das Hauptamt, sondern auch das Ehrenamt in dieser Krisenzeit handlungs- und entscheidungsfähig blieb.

Maßnahmen in Krisenzeiten

Natürlich stand die Corona-Pandemie im Mittelpunkt der Beratungen des Aufsichtsrats. Ursel Wolfgramm gab einen Einblick in die Maßnahmen des PARITÄTISCHEN und der Liga der freien Wohlfahrtspflege, deren Vorsitz sie derzeit inne hat. Es ging darum, schnell zu agieren, die politischen Akteure zu beraten und die Problemstellungen der Wohlfahrt darzulegen. Schnelles Handeln war erforderlich: Beispielsweise herrschte in Werkstätten für behinderte Menschen viel Unklarheit, ob diese geschlossen und wie dann die Menschen weiter betreut werden sollten. Pflegeheime durften bei der Beschaffung von Schutzausrüstung und bei den Kriterien für Rettungsschirme nicht vergessen werden. Der Aufsichtsrat sprach Ursel Wolfgramm ein großes Dankeschön aus. Es komme bei den Mitgliedern an, wie gut die Referent*innen die Organisationen beraten und auf dem Laufenden halten. Sie versprach, den Dank auch an die Kolleg*innen weiterzugeben, und zeigte sich sehr beeindruckt von der Schlagzahl, die vom gesamten Team im Homeoffice geleistet werde. Die Zusammenarbeit klappe auch deshalb sehr gut, weil man früh angefangen habe, über Digitalisierung nachzudenken und neue Wege zu gehen. Das zahle sich jetzt aus.

Wahlen digital und hybride Sommersitzungen

Da man sich nicht persönlich sehen konnte, stand ein weiteres Novum an: die Wahlen für den stellvertretenden Vorsitz und die Besetzung des Wirtschaftsausschusses wurden digital nachgeholt und damit die Gremien komplettiert. Stellvertretende Vorsitzende sind Simone Fischer und Timothy Apps und die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses: Bruno Pfeifle, Timothy Apps, Günter Maier und Wolfgang Markowis. Günter Maier wurde zum Sprecher des Ausschusses gewählt.

Die Sitzungen im Sommer fanden hybrid statt. Nachdem die Corona-Beschränkungen Schritt für Schritt gelockert wurden, konnte eine Sitzung – unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen und Abstandregelung – abgehalten werden. Diejenigen, die nicht persönlich dabei sein konnten, wurden über eine Videokonferenz zugeschaltet. So konnte der Jahresabschluss vom Aufsichtsrat hybrid entgegengenommen und beschlossen werden – mitsamt der einstimmigen Entlastung der Vorstandsvorsitzenden. Der Aufsichtsratsvorsitzende Bruno Pfeifle sprach ihr im Namen aller Mitglieder seinen herzlichen Dank aus. Vor allem dafür, dass sie den Verband in dieser schwierigen Zeit so besonnen führe und auf Kurs halte. Dies sei keine Selbstverständlichkeit.

Vorbereitet wurden Beschlüsse, die den Verband voranbringen sollen. Eine Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, die die Satzung modernisieren soll. Auf der zweitägigen Klausur, die im Oktober nachgeholt wird, werden die Leitlinien diskutiert, die den Verband in den kommenden fünf Jahren und darüber hinaus prägen sollen.

» **Kontakt**
Christian Gaus, Referent der Vorstandsvorsitzenden
Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg
gaus@paritaet-bw.de, www.paritaet-bw.de

#BRAINFOOD

IMPULSE ZUR MITTAGSPAUSE

Neue Online-Vortragsreihe mit Denkanstößen zu diversen Themen

STUTTGART BrainFood ist die neue Online-Vortragsreihe des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg. Einmal im Monat lädt der Verband zur Mittagspause Gäste aus Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Kultur ein, die Denkanstöße zu diversen Themen geben. Es geht um soziale Fragestellungen, Digitalisierung, neue Arbeit, Lebensqualität, Gemeinwohl, Zukunftsvisionen und Innovationen.

Eingriff in die Grund- & Menschenrechte infolge COVID-19

Mit den Auswirkungen der Pandemie beschäftigte sich das BrainFood im zweiten Impuls am 16. September 2020. Zu Gast war Staatsrechtswissenschaftler Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts fasste die Ereignisse der vergangenen Monate aus Sicht der Judikative und des öffentlichen Rechts zusammen. Inwiefern haben die Maßnahmen, die seitens der Exekutive ergriffen wurden, Demokratie und Freiheitsrechte gefährdet? Waren sie verfassungsgemäß? Die kurze Antwort lautet: Ja, sie waren gerechtfertigt und es können keine generellen rechtlichen Bedenken erhoben werden, obgleich sie zu schwerwiegenden Eingriffen in die Grundrechte führten.

Was jedoch die Zukunft anbelangt, müssten Grundrechtsbeschränkungen künftig vom Parlament entschieden werden. So sollten für die freiheitliche Ordnung des gesamten Gemeinwesens nach Art, Ausmaß und Dauer zukünftig die Mittel zum Umgang mit der Pandemie in einem Verfahren der parlamentarischen Gesetzgebung bestimmt werden (Legislative). Sie dürfen nicht allein der Exekutive überlassen werden. Nur dann verfügen die Maßnahmen über die notwendige demokratische Legitimation. Nur so sind Öffentlichkeit, Transparenz und Rechtssicherheit gewährleistet.

Ausblick

Sie möchten das nächste Mal mit dabei sein? Gast am 13. Oktober 2020 ist Dr. Alexandra Langmeyer mit einem Impuls zu „Auswirkungen der Corona-Krise auf die Familie". Dr. Alexandra Langmeyer ist Leiterin der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern" am Deutschen Jugendinstitut in München. Gemeinsam mit Kolleg*innen untersuchte sie die Lebenssituation und das Wohlbefinden von Eltern und Kindern während der Corona-Pandemie. In BrainFood wird sie über verschiedene Aspekte der Auswirkungen der Corona-Krise auf die Familie sprechen, u.a. veränderter Alltag, Wohlbefinden/psychische Gesundheit, Bildungs- und Geschlechtergerechtigkeit. Weitere Informationen, Anmeldung und Dokumentationen zur Vortragsreihe: *https://paritaet-bw.de/themen/brainfood*.

Franziska Köppe

NEUE BROSCHÜRE: DIVERSITÄTSSENSIBLE ALTENHILFE

Die Arbeitshilfe möchte in erster Linie auf die Notwendigkeit der pflegerischen Versorgung einer sehr vielfältigen Gesellschaft aufmerksam machen und Möglichkeiten aufzeigen, wie mit einer personenzentrierten Haltung unterschiedliche Diversitätsmerkmale eines Menschen wahrgenommen und in die pflegerische Versorgung einbezogen werden können. Die Broschüre gibt es als Download unter *www.paritaet-bw.de* bzw. kann über servicepool@paritaet-bw.de bestellt werden.

RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE PÄDAGOGISCHE ARBEIT SCHAFFEN

Breites Themenspektrum und Transfer in die Praxis bei der Fortbildung zur Sozialwirtin (FH)

STUTTGART Im Interview mit der Paritätischen Akademie Süd erzählt Nina Wlassow, in der sozialtherapeutischen Jugendhilfe tätig und Teilnehmerin der Fortbildung zum/zur Sozialwirt*in in Kooperation mit der Hochschule Esslingen, wie wichtig es ist, „gute Rahmenbedingungen für die eigentliche pädagogische Arbeit" zu schaffen und wie bedeutend der ständige Transfer der gelernten Theorie in die Praxis ist.

Sie haben einen Master in Erziehungswissenschaften mit Schwerpunkt Sozialpädagogik. Was war Ihre Motivation die Fortbildung zur Sozialwirtin zu besuchen?

Nina Wlassow absolviert eine Fortbildung zur Sozialwirtin.

Die Fortbildung zur Sozialwirtin ergänzt die pädagogische Qualifikation durch das Studium um Inhalte, die in der praktischen Arbeit in Querschnittsaufgaben relevant werden. Meine Motivation war, mich für weitere Aufgaben zu qualifizieren, die quer zu den pädagogischen Handlungsfeldern liegen und eher eine soziale Organisation als Ganze und deren Management betreffen. In meiner Arbeit in der Jugendhilfe erlebe ich immer wieder, wie wichtig entsprechende Kenntnisse sind, um gute Rahmenbedingungen für die eigentliche pädagogische Arbeit zu gestalten.

Was hat Sie besonders interessiert und inwiefern sind die Inhalte für Ihre Tätigkeit als Projektleiterin bei „Care Leaver – Wege in die Selbstständigkeit", als Qualitätsbeauftragte und als Projektmanagerin in einer Jugendeinrichtung relevant?

Insbesondere der Fortbildungsteil zur Arbeits- und Organisationspsychologie spielt für mich eine große Rolle als Qualitätsentwicklungsbeauftragte bei uns in der Einrichtung. Die besprochenen Inhalte dienen als gute Reflexionsfolie, vor deren Hintergrund unsere Führungs- und Unterstützungsprozesse gut überprüft und nachgebessert werden können. In meiner Aufgabe als Projektmanagerin profitiere ich sehr von den BWL-Inhalten der Fortbildung, da die Projektarbeit ein nicht gerade kleiner Arbeitsbereich ist und insofern auch wirtschaftlich eine entsprechende Rolle für die Gesamtorganisation spielt. Bei der Kalkulation für Projektanträge und beim Controlling ergänzen die betriebswirtschaftlichen Kenntnisse das pädagogische Wissen, das für die Durchführung von Projekten relevant ist, außerordentlich gut. Als Projektleiterin im Care Leaver-Projekt profitiere ich dabei gleich doppelt: es verbinden sich inhaltliche Ziele mit strukturellen (vor allem finanziellen) Rahmenbedingungen, die für jedes Projekt zwar anders sind, aber die Kompetenz, die beiden Ebenen zusammen im Blick zu behalten und bearbeiten zu können, ermöglicht meiner Ansicht nach eine effizientere Projektarbeit.

Welchen Tipp haben Sie für Menschen, die sich für diese Fortbildung interessieren?

Interessierte sollten offen sein für einen bunten Blumenstrauß vieler verschiedener Inhalte – BWL, Finanzierung sozialer Organisationen, Arbeits- und Sozialrecht, Arbeits- und Organisationspsychologie und Management-Training. Das Themenspektrum ist sehr breit und die einzelnen Bereiche werden intensiv bearbeitet.

Online-Infoveranstaltung

22. Oktober 2020 von 17 – 18 Uhr
Anmeldung erforderlich
Start der Fortbildung:
22. Januar 2021

» **Kontakt**
Judith Fenn, Bildungsmanagerin
Paritätische Akademie Süd
fenn@akademiesued.org
www.akademiesued.org

NEUAUFSTELLUNG SERVICEBEREICH ENTGELT

Nach dem Wechsel von Mitarbeitenden aus dem Servicebereich Entgelt in andere Bereiche ist der Servicebereich jetzt neu aufgestellt. Das Team besteht aus den Berater*innen Mareen Herget, Klaus Hesse, Ingo Pezina, Ella Jakab sowie der Assistenz Bettina Benz.
Weitere Infos *https://www.paritaet-bw.de/verband/landesgeschaeftsstelle/servicebereiche/servicebereich-entgelt*

Aufteilung Servicebereich Entgelt ab 1. Dezember 2020

Neu im Team
Mareen Herget ist seit 1. Juni 2020 als Mitarbeiterin in der Wirtschafts- und Finanzberatung im Servicebereich Entgelt mit Dienstsitz in Konstanz tätig. Sie hat Gesundheits- und Sozialmanagement studiert und besitzt einen Master in Systemischer Beratung. Sie war u.a. bereits tätig als Prozessverantwortliche im Referat ärztliche Versorgung bei einer Krankenkasse und als Fachbereichsleiterin Kundenbeziehung und Vertragswesen bei einer Fach- und Rehabilitationsklinik.

Ingo Pezina ist seit 1. August 2020 zurück im Landesverband und neuer Mitarbeiter im Servicebereich Entgelt. In den vergangenen Jahren war er Geschäftsführer der Lebenshilfe Baden-Württemberg, einer unserer Mitgliedsorganisationen und damit immer nah am PARITÄTISCHEN dran.

Ella Anna-Maria Jakab begann am 1. Oktober 2020 als Mitarbeiterin in der Wirtschafts- und Finanzberatung im Servicebereich Entgelt in Vollzeit bei der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart. Sie arbeitete zuletzt als Sozialwirtin im Bereich Finanzen und Controlling bei der CAB Caritas Augsburg Betriebsträger gGmbH im Ressort Altenhilfe. Im September 2020 schloss sie einen berufsbegleitenden Masterstudiengang in Sozialwirtschaft ab und vertiefte damit ihr Wissen aus dem Bachelorstudium.

» Personalia Landesgeschäftsstelle

Bereich Menschen mit Behinderung
Zum 1. September 2020 übernahm Michael Tränkle, bislang zuständig für den Themenbereich Frühförderung, die Leitung des Fachbereichs Menschen mit Behinderung. Tränkle tritt damit die Nachfolge von Cornelia Meyer-Lendl an, die in den Vorstand der Lautenbacher Gemeinschaften wechselte.

Bereich Kinder, Jugend und Migration
Im Referat Kinder nahm Bettina Lüllich zum 1. Juli 2020 ihre Tätigkeit als Kita-Fachberaterin auf. Ihr Dienstsitz ist Mannheim.

Im Referat Migration trat Katerina Peros-Selim zum 1. Oktober 2020 als Referentin für Migration (60 Prozent) die Nachfolge von Svenja Hasenberg an. Sie hat Friedensforschung und internationale Politik sowie Politikwissenschaft studiert und arbeitete zuletzt im Deutschen Bundestag als wissenschaftliche Mitarbeiterin einer Bundestagsabgeordneten.

» Bereich Bürgerengagement, Selbsthilfe und Gesundheit

Im 2. Quartal 2020 bestand die größte Herausforderung darin, die coronabedingten Kontakt- und Arbeitsbeschränkungen zu bewältigen und die Kommunikation auf „Online-Betrieb“ umzustellen: Erste Kernteam-Sitzung als Videokonferenz (VK), Arbeitskreistreffen „Freiwilligendienste“ als VK, Organisation der Arbeit im Projekt „Vereinsbegleitung“ über die Plattform MS teams, und ab Ende Mai Start der multimedial geführten Kampagne #jetzterstrechtfreiwillig zur Werbung neuer Interessent*innen für Freiwilligendienste.
Kontakt *steinkemper@paritaet-bw.de*

» Bereich Jugend und Bildung

Denkwerkstatt zum Thema neues Bildungsverständnis
Gefördert durch die Glücksspirale führte das Referat Bildung im Social Impact Lab (SIL) in Stuttgart eine Denkwerkstatt durch. Ziel der Veranstaltung war es, erste Ideen für ein Paritätisches Positionspapier zum Thema Bildung zu entwickeln. Inzwischen liegt der Erstentwurf eines PARITÄTISCHEN Positionspapiers für ein neues Bildungsverständnis vor. Dieser Entwurf soll im Herbst mit den verschiedenen Bereichen des PARITÄTISCHEN und ihren Kernteams abgestimmt werden. Ausführliche Infos zur Denkwerkstatt:
https://paritaet-bw.de/leistungen-services/fachinformationen/denkwerkstatt-referat-bildung

» Regionale Verbandsarbeit

Franziska Köppe berät und begleitet seit 15. September 2020 den Bereich Regionale Verbandsarbeit als freie Mitarbeiterin. Sie ist sogenannte Gemeinwohl-Unternehmerin (Social Business) und bezeichnet sich selbst als „Transformationskatalysatorin für Lebens- & Arbeitswelten mit Zukunft“.

Regionalverbund Nordbaden konstituiert
Zum 1. Mai 2020 hat Rosanna Lux die Leitung der Regionalgeschäftsstelle für den Regionalverbund Nordbaden (Beschäftigungsumfang von 50 Prozent) übernommen und ist zudem als Kreisverbandsreferentin Heidelberg (Beschäftigungsumfang von 25 Prozent) tätig. Sie verfügt über einen Magisterabschluss in Erziehungs- und Religionswissenschaften und hat zuletzt als Projektassistentin der Geschäftsführung in der Stiftung der Uni Heidelberg gearbeitet.

ERFOLGREICHE VERTRAGSVERHANDLUNGEN

Den sozialen Einrichtungen in Heidelberg (auch aus dem Verbandsbereich des PARITÄTISCHEN) wurden coronabedingt die Verträge über die freiwilligen Zuschüsse der Stadt gekündigt und neu verhandelt. Die 2,5 prozentige an den Tarifen angepasste Erhöhung fällt ab 2021 weg. Für 2022 muss präventiv mit einer fünfprozentigen Kürzung gerechnet werden. Die Vernetzung aller betroffenen PARITÄTISCHEN Mitgliedsorganisationen und der Liga hat gut funktioniert. Die gemeinsamen Verhandlungsstrategien haben in der Kommunalpolitik Eindruck hinterlassen. Viele Fraktionen haben sich für eine Priorisierung der Sozialträger ausgesprochen und das Leistungsspektrum der Wohlfahrtsverbände gewürdigt.
https://www.paritaet-bw.de/regional/regionalgeschaeftsstellen/regionalverbund-nordbaden

Regionalverbund Stuttgart plus Region
Der Regionalverband Stuttgart plus Region wird seit 1. Juni 2020 durch Katharina Mittler verstärkt. Katharina Mittler hat als Leitung der Regionalgeschäftsstelle im Co-Team einen Beschäftigungsumfang von 75 Prozent mit Dienstsitz in Stuttgart und Nürtingen und wird zusammen mit Frau Schleser den Regionalverbund leiten. Sie hat an der Hochschule der Medien ihr Diplom im Studiengang Marketing und Medien abgeschlossen. Zuletzt war sie als Migrationsbeauftragte und Interkulturelle Botschafterin tätig.

Regionalverbund Alb-Donau-Riß
Dr. Oliver Riegg hat zum 1. April 2020 die Leitung des Regionalverbunds Alb-Donau-Riß übernommen. Herr Riegg hat einen M.A. in Geschichte, Politik- und Islamwissenschaft und promovierte im Fachbereich Neuere Geschichte. Erste Berufserfahrung in einem Sozialunternehmen und mit dem PARITÄTISCHEN konnte er bei der Neuen Arbeit gGmbH Ulm, einer Tochter der Arkus gGmbH, als Assistent der Geschäftsführung sowie in der Projektentwicklung und -koordination sammeln.

Regionalverbund Stauferland-Ostwürttemberg
Zum 1. Februar 2020 übernahm Stefanie Haar die Leitung des Regionalverbundes Stauferland-Ostwürttemberg. Sie ist staatlich anerkannte Erzieherin und bildete sich zur staatlich anerkannten Sozialwirtin weiter. Zuletzt arbeitete sie als Sachgebietsleitung Bildung und Betreuung bei der Stadt Eislingen/Fils.

Regionalverbund Neckar-Alb
Zum 1. Januar 2020 übernahm Andreas Karl Gschwind die Leitung der Regionalgeschäftsstelle des Regionalverbundes Neckar-Alb (Beschäftigungsumfang 50 Prozent) mit Dienstsitz in Tübingen. Durch seine vorhergehende Tätigkeit als Regionalassistent des Kreisverbands Tübingen ist er mit dem Verband vertraut. Darüber hinaus ist er Lehrbeauftragter an der Hochschule Esslingen und in Forschung und Lehre an der Universität Heidelberg.

Regionalverbund Nordschwarzwald
Erstmals kooperiert die Freiwilligenagentur Pforzheim/Enzkreis mit dem Regionalverbund Nordschwarzwald. Im Rahmen der Woche des „Bürgerschaftlichen Engagements“ fand am 16. September 2020 der Workshop Freiwilligenmanagement mit Dr. Hermann Frank bei der Mitgliedsorganisation Q-Prints and Services gGmbH statt.
Weitere Infos *www.paritaet-bw.de/workshop-freiwilligenmanagement*

Regionalverbund Südbaden
Zum 1. Juli 2020 hat das Selbsthilfebüro Freiburg eine zusätzliche 50-Prozent-Stelle als Unterstützung für die Leiterin Bernarda Deufel geschaffen. Mit Stefan Zimmermann wurde ein Mitarbeiter gefunden, der als Diplom-Sozialarbeiter/Sozialpädagoge (FH) und als Mediengestalter für Digital- und Printmedien sowohl die Beratung von Selbsthilfegruppen als auch die Öffentlichkeitsarbeit übernehmen kann. Herr Zimmermann bringt viel Erfahrung mit, insbesondere aus seiner Arbeit bei der AIDS-Hilfe.

PARITÄTISCHE KAMPAGNE „HARTZFACTS“

HartzFacts soll über die Lebensrealität von Hartz IV-Beziehenden aufklären, Betroffenen den Rücken stärken und politischen Druck für eine menschenwürdige Grundsicherung aufbauen. Der RV Südbaden, Südwind e.V. und der Kinderschutzbund stellten die Kampagne in Freiburg i.Br. vor. Infos: *www.hartzfacts.de* und *https://www.wir-sind-paritaet.de/wir-berichten/blog/mit-der-hartzfacts-kampagne-auf-die-erste-reale-pressekonferenz*

Lernzentrum Bildungsverein Mannheim e.V.

VERLÄSSLICHER BESTANDTEIL IN DER GESELLSCHAFT

Das Lernzentrum Bildungsverein Mannheim e.V. (LBM) ist ein 2015 gegründeter Verein für Bildung und Kultur, der die Bildung von Kindern und Jugendlichen, aber auch von Erwachsenen fördert. Seit mehr als fünf Jahren ist LBM in der Bildung und in der Vermittlung von Kulturen tätig, was über den direkten Kontakt zu den Menschen in der Kommune erfolgt. Vernetzungen mit der Stadtverwaltung und anderen Vereinen werden initiiert.

» **Kontakt**
info@abb-ma.de
www.abb-ma.de

Elterninitiative Kinderhaus Heidesee e.V. Karlsruhe

SPIEL ALS KÖNIGSWEG DES LERNENS

Das 1990 gegründete Kinderhaus Heidesee e.V. ist eine kleine Kita in Elterninitiative mit Plätzen für 35 Kinder. Es ist ein besonderes Haus, voller Leben, Freiheit, kreativer Ideen, Individualität, dynamischer und demokratischer Prozesse, in dem alle Beteiligten individuell prägend wirken. Ideale Bedingungen, damit sich Kinder optimal entwickeln können. Die Erzieher*innen sind neugierige, respektvolle Wegbegleiter*innen, die Kinder in ihrer Individualität anerkennen. Es wird ein sicherer Raum geschaffen, in dem sie viel Freiraum haben, sich auszuprobieren und die Welt zu entdecken.

» **Kontakt**
info@kinderhaus-heidesee.de
www.kinderhaus-heidesee.de

Frauen-Begegnungs-Zentrum e.V. Sigmaringen

EIN OFFENES, AKTIVES UND VIELFÄLTIGES HAUS

Das Frauen-Begegnungs-Zentrums e.V. wurde vor 26 Jahren gegründet und bezog vor 22 Jahren das FBZ in Sigmaringen. Seitdem gibt es die Koordinierungsstelle für Tageseltern und seit 2008 das Berufsintegrationsprojekt „Frau – Beruf – Zukunft", das Jobcafé und die Infostelle. Aktuell sind bei der Koordinierungsstelle 127 Tagesmütter im Vermittlungspool, davon betreuen 76 Tagesmütter 221 Kinder. Bereits 36 Qualifizierungskurse für Tageseltern fanden statt. Am Integrationsprojekt haben 536 Frauen teilgenommen, 178 wurden in Arbeit vermittelt und 11 Frauen haben eine Ausbildung bekommen.

» **Kontakt**
mail@fbz-sigmaringen.de
www.fbz-sigmaringen.de

SMILE e. V. St. Leon-Rot

18 JAHRE ENGAGEMENT FÜR INKLUSION

Der Verein „SMILE e.V. St. Leon-Rot" gründete sich 2002. Unter dem Motto „Miteinander – Inklusion – Erleben" wurden Freizeitmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Behinderung aufgebaut. Es wird ein soziales Miteinander angestrebt, um Berührungsängste abzubauen. Dies wird aktiv mit inklusiven Gruppen, wie einer Trommel-, Sport-, Schwimm- und Tanzgruppe sowie Includo, einer Theatergruppe, getan. Ergänzend finden Aktivitäten wie Kegeln, Bowling, Wandern, Disco- und Kinobesuche statt. Ein Highlight sind die jährlichen inklusiven Ferienfreizeiten. Zurzeit wird ein inklusives Wohnen in einer Mehrgenerationenwohnanlage initiiert.

» **Kontakt**
vorstand@smile-slr.de
www.smile-slr.de

SPHV Service gGmbH Wiesloch

MITTENDRINNEN LEBEN GEMEINSAM WIRKEN

Seit 1975 betreut der SPHV als gemeinnütziger Verein und nun seit 2020 als gGmbH psychisch erkrankte Menschen im Rhein-Neckar-Kreis. Die sozialpsychiatrischen Hilfen zielen auf die gesellschaftliche Integration psychisch Erkrankter ab. Neben den Schwerpunkten Wohnen und Betreuung geht es um die Teilhabe am Arbeitsleben. Als Alleinstellungsmerkmal dient die integrative Gastronomie des SPHV. Dreh- und Angelpunkt ist das Gemeindepsychiatrische Zentrum in Wiesloch, wo der SpDi, die Tagesstätte und die arbeitspädagogische Tagesstruktur verortet sind.

» **Kontakt**
info@sphv.de, www.sphv.de

Mühlwerk Sinneswandel gUG, Bruchsal

BEGEGNUNGEN MIT MENSCHEN, DIE DAS LEBEN LEBENSWERT MACHEN

Das historische Ambiente einer alten Sägemühle soll zum lebendigen Mittelpunkt eines neu entstehenden Quartiers werden. Hier werden ein Café und ein offenes Atelier entstehen. Es bietet Menschen mit Behinderung eine sinnstiftende Beschäftigung. Die Nachbarschaft zu einem Seniorenwohnpark ist eine Chance für generationenübergreifenden Austausch. Mühlwerk Sinneswandel trägt dazu bei, dass ein neues Quartier im ländlichen Raum zu einem lebendigen und sozialen Begegnungsort wird. Hier treffen Menschen mit und ohne Behinderung aufeinander, junge Leute auf Senior*innen, Tagesausflügler auf Ortsansässige. Aus Fremden werden Freunde, aus parallelen Welten ein gemeinsames „Wir".

» **Kontakt**
info@muehlwerk-sinneswandel.de
www.muehlwerk-sinneswandel.de

Vita Movere
Soziale Betreuungen e.V. Freiburg

STABILITÄT ERFAHREN – NEUE PERSPEKTIVEN ERÖFFNEN

Vita Movere Leben bewegen e.V. wurde 2011 gegründet, um eine individuelle Förderung und Hilfe für Menschen mit einer seelischen Behinderung durch Begleitung und Unterstützung sowie deren Eltern mit Kindern zu schaffen. Des Weiteren ermöglicht der Verein die Durchführung von Angeboten und Projekten, wie Gartenprojekt, Spaziergang, Kochgruppe, tiergestütztes Angebot und Bogenschießen. 2021 wird es eine Skillsgruppe geben, die dabei unterstützen soll, die eigene soziale Funktionsfähigkeit durch sinnvolle Gruppenerlebnisse zu erkennen, um Problemen besser gewachsen zu sein.

» **Kontakt**
jenne@vita-movere.de
www.vita-movere.de

SOZIALER AUSTAUSCH – UNSICHERHEIT IN DER SOZIALLANDSCHAFT BLEIBT

PFORZHEIM Im Juli fand mit rund 20 Vertreter*innen PARITÄTISCHER Mitgliedsorganisationen eine Gesprächsrunde des Kreisvorstandes Pforzheim/Enzkreis mit der Sozialdezernentin Katja Kreeb und dem Sozialbürgermeister Frank Fillbrunn im Lebenshilfehaus Pforzheim statt.

Ute Hötzer, Harald Stickel, Oliver Keppler (von hinten), Mitglieder im Kreisvorstand, Frank Fillbrunn, Sozialdezernent Stadt Pforzheim, Katja Kreeb, Sozialdezernentin Enzkreis, Peter Benkner, Vertreter der Mitgliedsorganisationen Familienzentrum Au und pro familia Pforzheim.

Claudia Jancura, Geschäftsführerin der Aidshilfe Pforzheim, berichtete, sie seien von Anfragen von Sexarbeiter*innen überrannt worden. „Aufgrund der Corona-Pandemie konnten sie von heute auf morgen nicht mehr arbeiten und haben keine Möglichkeiten beim Jobcenter", erklärt Jancura. Die Lebenshilfe Pforzheim war mit rund 550 betreuten Menschen mit Behinderung zu Beginn der Pandemie vor die Frage gestellt, ob die Werkstätten analog zu den Pflegeheimen zu schließen sind. Vorstand Oliver Keppler kritisierte: „Ich hätte mir zu Beginn der Pandemie einen Austausch mit der Verwaltung erhofft."

Außerdem wurde das Bundesteilhabegesetz (BTHG) diskutiert. Dieses sei vom Grundsatz her richtig gedacht, das Wort Teilhabe habe im Gesetz jedoch nichts zu suchen, so Bruno Kohl, Vorsitzender im Förderverein für Behinderte, und ergänzt, „weil es keine weitere Teilhabe ermöglicht, sondern die Betroffenen und deren Eltern damit beschäftigt sind, die Möglichkeiten auszuloten und Nachweise zu erbringen". Auf die Bitte von Kohl, um einen Neuentwurf zu werben, erwiderte Kreeb, das BTHG werde als Gesetz nicht rückgängig gemacht und Änderungen seien in dieser Legislaturperiode nicht zu erwarten. Sie setze sich aber für Nachbesserungen ein.

Im Mittelpunkt der Austauschrunde stand die Haushaltsplanung 2021. Die Sozialdezernentin teilte mit, „bislang haben wir für den Enzkreis keine Kürzungen im Sozialbereich eingeplant, dennoch gilt für die Zukunft zu klären, wie wir eine gerechte Verteilung der Mittel des Sozialhaushalts garantieren."

» **Kontakt**
Christina Rüdenauer, Der PARITÄTISCHE
Regionalverbund Nordschwarzwald
nordschwarzwald@paritaet-bw.de, www.paritaet-bw.de

DiNa-Treff: Hilfe für Vereine bei der Digitalisierung

RAVENSBURG Die eigene Homepage gestalten, Mitglieder digital verwalten, rechtssicher online kommunizieren und bezahlen – Themen, denen Vereinsvorstände heute begegnen. Die Initiative „Digitale Nachbarschaft" (DiNa) unterstützt hierbei mit Angeboten, wie Handbücher, Online-Seminare und Schulungen vor Ort. Referenten*innen reisen im DiNa-Mobil durch Deutschland und halten in den „DiNa-Treffs" Vorträge. Die Regionalgeschäftsstelle Bodensee-Oberschwaben hat den Zuschlag als virtueller „DiNa-Treff" erhalten.

Nach coronabedingter Verzögerung konnte am 14. Juli 2020 bei Arkade e.V. in Ravensburg Eröffnung gefeiert werden. Trotz unterschiedlicher Ausgangslagen nahmen alle Teilnehmenden des Workshops „Online-Fundraising" Anregungen mit, wie sie über das Internet Geld für ihre Einrichtung sammeln können. Vorgestellt wurden technische Möglichkeiten, online Spenden zu generieren, ebenso wie Strategien zur transparenten Kommunikation eines Spendenprojekts. Pro Jahr werden drei DiNa-Seminare in der Region angeboten. Der zweite Workshop fand am 1. Oktober 2020 in Sigmaringen zum Thema „Soziale Netzwerke" statt.

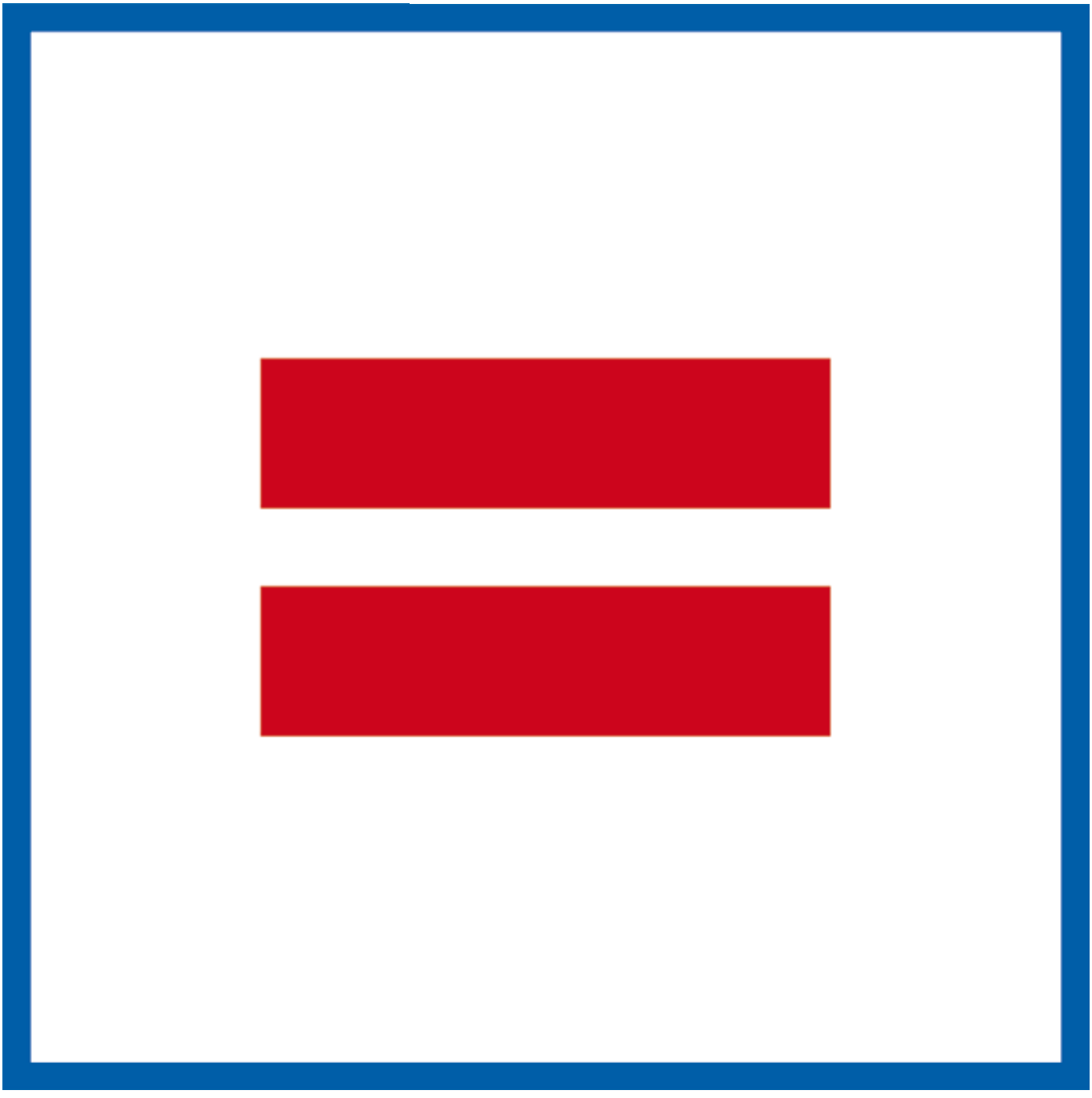
» **Kontakt**
Karin Seng, Der PARITÄTISCHE
Regionalgeschäftsstelle
Bodensee-Oberschwaben
bodensee-oberschwaben@
paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de/dina-bos

Ihr Interessenvertreter in allen Versicherungsangelegenheiten der Sozialwirtschaft

Wir analysieren den individuellen Absicherungsbedarf Ihrer Einrichtung, kaufen den dafür notwendigen Versicherungsschutz zu besten Bedingungen ein und sind auch an Ihrer Seite, wenn ein Schaden eingetreten ist.

Partner des PARITÄTischen Baden-Württemberg
- ✓ Versicherungs- und Risikoberatung
- ✓ Versicherungseinkauf
- ✓ Vertragsbetreuung

UNION Versicherungsdienst GmbH
Ecclesiastraße 1 – 4 • 32758 Detmold
Telefon +49 5231 603-0 • info@union-paritaet.de
www.union-paritaet.de

Ein Unternehmen
des PARITÄTISCHEN
DER PARITÄTISCHE

UNION
VERSICHERUNGSDIENST